Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949
1949

69 (6.4.1949)

Visual Library

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Erscheint täglich, außer Donnerstag und Sonntag. Redaktion, Verlagsabteilung, Vertrieb und Druck Karlsruhe, Waldstraße 38. Telefon 922/923. (Dringend Presse.) Anzeigenannahme Karlsruhe, Kaiserstr. 69, Telefon 5649; Durlach, Pfinztalstraße 43, Ettlingen, Leopoldstraße 5, Telefon 36. Kein Ersatzanspruch bei Störung durch höhere Gewalt.

Bezugspreis monatlich DM 2.40 einschließlich Trägergebühr, Postzustellung DM 2.20 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene 46 mm breite Millimeterzeile Millimeter-Grundpreis DM —.30, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 4. — Postscheckkonto: Postscheckamt Karlsruhe Nr. 80 155.

3. Jahrgang / Nr. 69 | Karlsruhe, Mittwoch, 6. April 1949 | Einzelpreis 20 Pfennig

Bonn erhält alliierte Anweisungen

Die Außenminister der drei Westmächte „vertrauen auf Beach tung der Empfehlungen" — Kritik an deutschen Politikern

BONN, 5. April. (DENA) Der Leiter des amerikanischen Verbindungsstabes in Bonn, Simons, überreichte am Dienstag Ratspräsident Dr. Adenauer eine gemeinsame amerikanisch-britisch-französische Erklärung zum Grundgesetzentwurf. Darin wird, wie alliierterseits verlautet „dem Rat unmißverständlich zur Kenntnis gebracht, daß er sich zu den Londoner Empfehlungen halten solle. Weiter enthält die gemeinsame alliierte Erklärung Möglichkeiten zur Beilegung der gegenwärtigen Krise im Parlamentarischen Rat, die sowohl SPD als auch CDU/CSU befriedigen können. Die von Simons als dem derzeitigen turnusmäßigen Vorsitzenden der alliierten Stäbe in Bonn überreichte Erklärung ist das fünfte, jedoch, so heißt es, bisher deutlichste alliierte Dokument während der siebenmonatigen Tätigkeit des Parlamentarischen Rates.

Das Schreiben hat in der ersten (nicht amtlichen) Uebersetzung folgenden Wortlaut: „Die drei Militärgouverneure erhielten die folgende Nachricht, die sie durch die Verbindungsoffiziere in Bonn dem Parlamentarischen Rat hierdurch mitteilen. Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs, die während ihrer augenblicklichen Zusammenkünfte in Washington das westdeutsche Problem studieren, erfahren mit Befriedigung, daß die zuständigen Ausschüsse des Parlamentarischen Rates die Vollendung des Grundgesetzes vorwärtstreiben. Die Außenminister nehmen an, daß in den nächsten Tagen in Bonn Entscheidungen über mehrere wichtige Punkte getroffen werden, die mit dem Grundgesetz zusammenhängen. Sie haben das Vertrauen, daß der Parlamentarische Rat und die verantwortlichen deutschen Parteiführer den Empfehlungen der Militärgouverneure die nötige Beachtung schenken werden. Diese Empfehlungen stehen im Einklang mit den Bestimmungen des Londoner Abkommens, das die Errichtung einer deutschen föderalistischen Regierung autorisiert. Die Außenminister wünschen, daß die Entscheidungen des Parlamentarischen Rates in einem Geiste getroffen werden, der eine gegenseitige kooperative Haltung zwischen den künftigen deutschen Bundesbehörden und den Besatzungsmächten erleichtert, was eines der wichtigsten Ziele ist, die in den gegenwärtigen Besprechungen in Washington betreffend Deutschland angestrebt werden."

Alliierte Kreise in Bonn kritisierten am Dienstag kurz nach Bekanntgabe des alliierten Schrittes beim Parlamentarischen Rat scharf die Haltung einiger deutscher Politiker, die offensichtlich darauf schließen lasse, „daß das Schicksal des deutschen Volkes von parteipolitischen Prestigegesichtspunkten abhängig gemacht werden soll" eine solche Haltung, wurde erklärt, werde in der Weltöffentlichkeit nicht begriffen.

Deutschen Argumenten, daß der Rat nicht früh genug von den Wünschen der Militärgouverneure in Kenntnis gesetzt worden sei, begegnete ein alliierter Sprecher mit dem Hinweis, bereits am 19. Oktober vorigen Jahres nach Abschluß der Arbeiten im Finanzausschuß, seien dem Rat durch Vizepräsident Adolf Schoenfelder „alliierte Hinweise zur Behandlung des Finanzproblemes im Grundgesetz" gegeben, von diesem aber offensichtlich nur zur Kenntnis genommen worden. Am 22. November sei dann dem Präsidenten des Rates, Dr. Konrad Adenauer, eine sogenannte „Gedächtnisstütze" übermittelt worden, in der nach alliierter Auffassung klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Militärgouverneure gemäß den Londoner Empfehlungen auf einer Länderfinanzverwaltung bestehen müßten.

Nach Ansicht des Sprechers wurde auch dieser Schritt vom Rat nicht beachtet. Im Aeltestenrat sei sogar von einer maßgebenden Persönlichkeit vorgeschlagen worden, „einfach zur Tagesordnung überzugehen". Wie der Sprecher weiter feststellte, wurde Mitte Dezember einer Delegation des Parlamentarischen Rates Gelegenheit gegeben, in persönlicher Fühlungnahme mit den drei westlichen Militärgouverneuren alle strittigen Fragen vor einer endgültigen Beschlußfassung im Rat zu klären. Statt diese Chance zu nützen, sagte er, „hat man sich in parteipolitischen Auseinandersetzungen, der sogenannten Adenauerkrise, verloren". Auch die zweite Zusammenkunft zwischen Mitgliedern des Rates und den Militärgouverneuren am 2. März sei „ergebnislos verlaufen". Denn so argumentierte der Sprecher abschließend, auch die dort überreichte Denkschrift sei „so gut wie unberücksichtigt" geblieben. Es sei zu hoffen, „daß der Parlamentarische Rat jetzt unmißverständlich zur Kenntnis genommen hat, daß er sich an die Londoner Empfehlungen halten soll".

Francois-Poncet wird Nachfolger Graf Bernadottes

GENF, 5. April. (DENA-REUTER) Der stellvertretende Vorsitzende des französischen Roten Kreuzes und politische Berater General Königs, André Francois-Poncet, wurde am Dienstag als Nachfolger Graf Folke Bernadottes zum Vorsitzenden des ständigen Ausschusses der internationalen Rotkreuz-Konferenz gewählt. Dieser Ausschuß ist die höchste internationale Behörde des Roten Kreuzes in den Zeiträumen zwischen den einzelnen internationalen Konferenzen. Die nächste Konferenz wird im Jahre 1952 in den USA stattfinden. Ali Rana Tarhan, Präsident des türkischen Roten Kreuzes, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses gewählt.

Feuer in einem Krankenhaus

EFFINGHAM, USA, 5. April. (UP) In dem dreistöckigen St. Anthony-Krankenhaus brach hier am Dienstag ein Brand aus, der rasch um sich griff und so die Rettungsarbeiten erschwerte. Es wird befürchtet, daß etwa 50 Personen in den Flammen umgekommen sind. Von amtlicher Seite wurde bekanntgegeben, daß im obersten Stockwerk des Hauses die gynäkologische Abteilung gelegen habe. Aus dieser seien lediglich drei Frauen gerettet worden, die aus den Fenstern sprangen. Sämtliche Säuglinge seien umgekommen.

Griechische Rebellen-Regierung

ATHEN, 5. April. (UP) Der Rundfunk der griechischen Rebellen gab am Dienstag die Bildung einer „neuen provisorischen demokratischen Regierung des freien Griechenland" bekannt.

Friedensverhandlungen in China

NANKING, 5. April. (DENA-REUTER) Die Friedensverhandlungen zwischen Vertretern der chinesischen Kommunisten und einer Delegation der Nationalregierung sind nach in Nanking eintreffenden Berichten am Dienstag formell eröffnet worden. Gleichzeitig sollen die kommunistischen Armeen am Nordufer des Jangtse einen allgemeinen Rückzug eingeleitet haben. Ein amtlicher Feuereinstellungsbefehl wird, wie die Nanking Evening Post schreibt, in wenigen Tagen erwartet.

Keine norwegische Antwort

OSLO, 5. April. (DENA-REUTER) Ein Sprecher des norwegischen Außenministeriums erklärte, daß eine Beantwortung der sowjetischen Protestnote gegen den Atlantikpakt, die der norwegischen Regierung am Montag überreicht worden war, überflüssig erscheine. Er wies darauf hin, daß Außenminister Lange am Samstag die gemeinsame Antwort der Atlantikpakt-Außenminister an das sowjetische Memorandum vom Donnerstag der vergangenen Woche mit unterzeichnet habe.

Verhaftungswelle in Bulgarien

SOFIA, 5. April. (DENA-REUTER) Der stellvertretende bulgarische Ministerpräsident und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschafts- und Finanzfragen, Trajcho Kostoff, wurde, wie die amtliche bulgarische Nachrichtenagentur meldet, von seinen Funktionen entbunden und unter Arrest gestellt. Die jugoslawische Nachrichtenagentur „Tanjug" berichtet weiter, daß außerdem noch 300 Personen, in der Hauptsache Staatsbeamte und Parteifunktionäre, verhaftet worden seien. Alle Festnahmen wurden mit „Spionage zugunsten imperialistischer Staaten" begründet.

Sowjet-Note gegen Grenzänderungen

Frankreich weist „unlogische Argumente zurück — Englische Erklärung

MOSKAU, 5. April. (DENA-REUTER) Der sowjetische Botschafter in London hat, wie TASS am Dienstag bekanntgibt, dem britischen Außenministerium eine Note gegen die westdeutschen Grenzänderungen übermittelt. Die Note hat folgenden Wortlaut: „Die sowjetische Regierung erachtet es als notwendig, die Aufmerksamkeit der Regierungen Großbritanniens, der USA und Frankreichs auf die Tatsache zu lenken, daß in der am 5. Juni 1945 von den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs unterzeichneten Erklärung über die Niederlage Deutschlands, eindeutig festgelegt worden ist, daß diese Regierungen den Status Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das zur Zeit Teil des deutschen Hoheitsgebietes ist, festlegen werden. Daraus ergibt sich, daß jede Aenderung des deutschen Hoheitsgebietes das unter der Kontrolle der vier Mächte verbleibt, nur auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs vorgenommen werden kann, welche die höchste Autorität in Fragen, die Deutschland betreffen, übernommen haben.

Aehnliche Noten wurden den Außenministerien Frankreichs und der USA von den sowjetischen Botschaftern in Paris und Washington überreicht.

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums gab laut UP bekannt, daß die französische Regierung den sowjetischen Protest gegen die von den Westmächten beschlossenen Abänderungen der deutschen Westgrenze zurückweisen werde. Der französische Sprecher wies die „unlogischen sowjetischen Argumente" zurück, daß die beschlossenen Grenzänderungen dem Viermächteabkommen vom 5. Juni 1945 zuwiderliefen und daß Grenzänderungen in Deutschland lediglich mit Zustimmung aller vier Großmächte durchgeführt werden könnten.

„Friedensstatut" statt Besatzungsstatut?

Briten erwarten Klärung der strittigen Deutschland-Probleme

BERLIN, 5. April (DENA). Unterrichtete britische Kreise in Berlin erwarten von den gegenwärtigen Deutschlandbesprechungen der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Washington eine Klärung der strittigen Deutschlandprobleme. Zu Pressemeldungen, nach denen das strittige Besatzungsstatut durch ein sogenanntes Friedensstatut ersetzt werden soll, wird von britischer Seite erklärt, daß in irgendeiner Form die Kompetenzen der Besatzungsmächte festgelegt werden müßten. Das hierzu dienende Statut müsse nicht unbedingt Besatzungsstatut heißen.

Der britische Militärgouverneur, General Robertson, der sich gegenwärtig in London aufhält und Deutschlandbesprechungen mit dem Unterstaatssekretär für deutsche Angelegenheiten Lord Henderson führt, werde sich entgegen anders lautenden Berichten nicht nach Washington begeben. Dem britischen Außenminister Bevin stehe der politische Berater General Robertsons, Mr. Steel, bei der Ueberprüfung von Einzelheiten des Deutschlandsproblems zur Seite.

Nach Ansicht von Londoner Beobachtern stelle der tote Punkt, der die Verhandlungen über die westdeutsche Verfassung gegenwärtig aufhält, zur Zeit das vordringlichste Deutschland-Problem dar, dem sich die westlichen Besatzungsmächte gegenübersehen und rückt die Probleme des Besatzungsstatuts völlig in den Hintergrund. Diplomatische Beobachter glauben, daß in Bonn kein weiterer Fortschritt hinsichtlich der Angleichung der Ansichten der SPD und der CDU erzielt werden kann. Nach Meinung gutunterrichteter Kreise habe sich Großbritannien nur widerstrebend damit einverstanden erklärt, sich der Kritik der Militärgouverneure an dem Bonner Verfassungsentwurf anzuschließen. Es wird angenommen, daß die britischen Militärbehörden ein größeres Maß von Zentralisierung in Westdeutschland befürworten, als sowohl Frankreich als auch die USA unterstützen würden.

Hauptausschuß vertagt sich

BONN, 5. April. (DENA). Der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, die bereits nach wenigen Minuten auf Antrag der CDU-CSU-Fraktion auf Mittwochmittag vertagt wurde. Zur Begründung des Antrages, der mit 12 Stimmen der CDU-CSU, FDP, KPD und DP gegen neun Stimmen der SPD angenommen wurde, sagte der Fraktionsvorsitzende Dr. Anton Pfeiffer, „das bedeutsame Dokument der Alliierten stellt den Parlamentarischen Rat vor sehr ernste Erwägungen. Die Situation erscheint noch nicht so weit geklärt, daß eine Beratung im Hauptausschuß vorgenommen werden könne". Die SPD stellt nach Annahme des CDU-CSU-Antrages einen Eventualantrag, die nächste Sitzung des Hauptausschusses auf Mittwochnachmittag einzuberufen, was mit 17 von 21 Stimmen beschlossen wurde. Die SPD vertrat die Auffassung, daß das deutsche Volk einen Anspruch darauf habe, daß die Arbeiten in Bonn bald zum Abschluß gebracht werden.

Minister Stooß von den USA tief beeindruckt

„Verständnis der Amerikaner für Deutschland wächst ständig"

Eigenbericht unserer Stuttgarter Redaktion

STUTTGART, 5. April. Nach seiner Rückkehr aus den USA gab Landwirtschaftsminister Heinrich Stooß einen Ueberblick über seine Eindrücke und Erfahrungen der siebenwöchigen Studienreise. Der Minister zeigte sich von dem Gesehenen tief beeindruckt. Man könne naturgemäß die Verhältnisse der amerikanischen Landwirtschaft nicht auf die Württemberg-Badens übertragen. Die Kommission habe jedoch zahlreiche wertvolle Anregungen sammeln können, die sich mit Erfolg auch für die einheimische Landwirtschaft verwirklichen lassen könnten. In vielen Gesprächen mit Regierungsvertretern habe er immer wieder das große Verständnis für Deutschland feststellen können. Auch habe er den Eindruck gewonnen, als ändere sich die öffentliche Meinung Amerikas immer mehr zugunsten des deutschen Volkes. Der natürliche Reichtum der USA habe ihn geradezu überwältigt. In Anbetracht dieses Reichtums sei ein etwaiger Rückschlag in der deutschen Ernährung einfach nicht zu verantworten. Die Weltproduktion sei auf landwirtschaftlichem Gebiete heute derartig hoch, daß man ernstlich daran denken sollte, auch dem deutschen Volke eine bessere Ernährung zu geben. Es gehe auch nicht mehr an, daß die Getreideerfassung in diesem Jahr wieder in derart überspitzter Form durchgeführt würde wie in den letzten Jahren. Nach einem mehrtägigen Besuch landwirtschaftlicher Zentralbehörden und Forschungsanstalten in Washington bereisten die deutschen Vertreter die amerikanischen Oststaaten, die in ihrer landwirtschaftlichen Struktur Württemberg-Baden am ähnlichsten sind. Den größten Eindruck habe die weitestgehende Technisierung der Landwirtschaft auf die deutschen Besucher gemacht, die nicht zuletzt durch den erheblichen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern gefördert worden sei. Auffallend sei besonders, daß es in Amerika keine Bauerndörfer in unserem Sinne gebe. Die zumeist einsam gelegene Durchschnittsfarm umfasse etwa 100 Morgen, die in der Regel von nur vier Personen, zumeist Familienangehörigen, bewirtschaftet werde. Die Preisgarantien der Regierung für einzelne landwirtschaftliche Produkte hätten sich für die Farmer sehr günstig ausgewirkt, da heute schon bei Weizen und Kartoffeln etwa erhebliche Absatzschwierigkeiten zu verzeichnen seien.

Das Fehlen jeglichen Kastengeistes im amerikanischen Leben habe einen sehr großen Eindruck auf die Kommissionsmitglieder gemacht. Ueber die großzügige Liebesgaben-Tätigkeit weiter Bevölkerungskreise der USA erklärte Minister Stooß, es sei von der amerikanischen Oeffentlichkeit als äußerst anstößig empfunden worden, daß sich in letzter Zeit die Wünsche nach ausgesprochenen Luxus-Artikeln, wie Pelzmäntel usw., geradezu häuften würden.

Prof. Reuter aus den USA zurück

FRANKFURT, 5. April. (DENA) Der Berliner Oberbürgermeister, Professor Ernst Reuter, traf am Dienstag aus New York kommend auf dem Rhein-Main-Flughafen ein. Reuter erklärte, daß sein Empfang beim National Press Club in Washington den größten Eindruck bei ihm hinterlassen habe. Er habe überall größtes Entgegenkommen gefunden, denn jeder in den Vereinigten Staaten, der sich für europäische Fragen interessiere, sei auch an der Frage Berlin interessiert.

Freiburg zur Clay-Erklärung

FREIBURG, 5. April. (DENA). Die Erklärung General Clays anläßlich seines Karlsruher Aufenthaltes, wonach ein Besatzungswechsel für Nordbaden nicht in Frage kommt, wird, wie aus Kreisen der badischen Staatskanzlei verlautete, für den pro-badischen Standpunkt als günstig gedeutet. Die kürzlich veröffentlichte Erklärung des französischen Außenministeriums über die Veränderung der Besatzungszonen bei einer Wiedervereinigung Badens soll, wie gleichzeitig bekannt wurde, auch für die französische Militärregierung in Baden überraschend gewesen sein.

Vereinte Nationen verhindern den Krieg

„UN die einzige Hoffnung für den Bau einer friedlichen Welt"

FLUSHING MEADOWS, 5. April. (DENA) Der zweite Teil der dritten ordentlichen Sitzung der Vereinten Nationen wurde am Dienstag von dem Vorsitzenden, dem australischen Außenminister Dr. Herbert Evatt, eröffnet. Evatt betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß die Verbundenheit, die während des Krieges unter den Alliierten bestanden hätte, auch jetzt im Frieden fortgeführt werden müsse. Man könne jedoch die Tatsache nicht ableugnen, daß in den vergangenen Jahren Schwierigkeiten aufgetreten seien. Diese würden jedoch ohne das Vorhandensein der Vereinten Nationen noch bedeutend schwerwiegender sein. Evatt wies darauf hin, daß trotz allem in den drei Jahren des Bestehens der Vereinten Nationen bedeutende Erfolge erzielt wurden. Ohne die UN wäre ein neuer Weltkrieg bestimmt schon ausgebrochen.

Die ungarische Regierung protestierte am Dienstag bei den Vereinten Nationen gegen die Aufnahme des Falles Mindszenty in die Tagesordnung der Vollversammlung.

Zur Wiederaufnahme der UN-Vollversammlung gab der amerikanische Außenminister Dean Acheson am Dienstagabend die folgende Erklärung ab: „Anläßlich der Generalversammlung möchte ich die Ueberzeugung des amerikanischen Volkes zum Ausdruck bringen, daß die Vereinten Nationen unsere einzige Hoffnung für den Bau einer gemeinsamen friedvollen Welt darstellen. Sie verkörpern die Hoffnungen und Wünsche, denen wir uns während des Krieges geweiht haben. Wir sind überzeugt, daß diese Anstrengungen nicht vergebens sind. Wie groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, die es zu überwinden gilt."

Großbrand bei Cuxhaven

HAMBURG, 5. April. (UP) In Klint bei Cuxhaven wurden am Montag 16 Bauernhöfe mit mehr als 20 Gebäuden durch Feuer zerstört.

Welt-Rundschau

PARIS. 43 Einwohner eines Dorfes in Ostfrankreich reisten 200 Kilometer weit nach Straßburg, um für ein Kind ihres Dorfes, das lebensgefährlich an Leukaemie erkrankt ist, fünf Liter Blut zu spenden. — **LISSABON.** In Lissabon wurden am Dienstag 38 Kommunisten wegen umstürzlerischer Tätigkeit im südlichen Portugal zu Gefängnisstrafen zwischen zehn Monaten und vier Jahren verurteilt. Neun Angeklagte wurden freigesprochen. — **JERUSALEM.** Die israelitisch-syrischen Waffenstillstandsbesprechungen wurden am Dienstag in einem Zelt im Niemandsland zwischen den Frontlinien in Nordpalästina eröffnet. Der Konferenz wohnt als persönlicher Vertreter Dr. Bunches der Chef des UN-Beobachterkorps, General William Riley bei. — **MOSKAU.** Sergei Gorbunow, der berühmteste „fliegende Wolfjäger" der Sowjetunion hat in diesem Winter von seinem Flugzeug aus 438 Wölfe erlegt und damit einen neuen Rekord aufgestellt. — **RANGUN.** Im Kampfraum von Insein, nördlich von Rangun, wurde am Dienstag, wie aus einem Regierungsbericht hervorgeht, die Feuereinstellung angeordnet, nachdem sich die aufständischen Karenstämme zur bedingungslosen Kapitulation bereiterklärt hatten.

(Alle nicht gezeichneten Nachrichten: DENA)

Keine Streikauswirkungen in Hessen

Transportarbeiter streiken ohne Begeisterung in 5 Städten

FRANKFURT, 5. April. (DENA). Am Vormittag des ersten Streiktages im Transport- und Verkehrsgewerbe in fünf hessischen Städten ist das Frankfurter Straßenbild noch unverändert. Obwohl sich die Arbeitnehmer der großen Speditionsfirmen an dem Streik beteiligen, sind die Straßen, vor allem die Hafengegend und das Güterbahnhofsviertel, voller Lieferwagen und Lastautos. Die großen Firmen holen mit werkseigenen Wagen die Güter selbst ab. Kleine Speditionsfirmen, in denen die Inhaber mitarbeiten, sowie Auftragsspediteure haben den Betrieb aufrechterhalten. Bei der Güterabfertigung des Hauptbahnhofes wird seit Dienstagfrüh gestapelt. Die Leitung ist bereits dazu übergegangen, leicht verderbliche Waren und Arzneimittel den Empfängern zu avisieren.

Die Frankfurter Messe wird, wie die Messeleitung mitteilte, in keiner Weise von dem Streik berührt. Da auf dem Messegelände ein direktes Anschlußgleis vorhanden ist, können die für die Messe bestimmten Güterwagen von der Eisenbahn direkt auf das Messegelände gefahren und dort von den Angestellten der Messe entladen werden.

Bei den Kasseler Transportarbeitern hat der Streik keine hundertprozentige Zustimmung erfahren. „Ein Großteil der Arbeiter hat in gewohnter Weise die Arbeit aufgenommen, und die Angestellten des Transportgewerbes haben sich am Streik grundsätzlich nicht beteiligt". Es wird im allgemeinen die Ansicht der westdeutschen Bergarbeitergewerkschaft geteilt, daß eine Erhöhung des Realeinkommens nur durch eine Preissenkung herbeizuführen ist. In Kasseler Fachkreisen wird geäußert, daß die Gewerkschaft den Streik nur darum auf die Städte Frankfurt, Kassel, Wiesbaden, Offenbach und Hanau beschränkt habe, weil sie dort das Transportgewerbe einigermaßen in der Hand habe. Sie wolle sich die vorjährige Blamage ersparen, bei der sich gezeigt habe, daß sich die Arbeitnehmer des Transportgewerbes in den kleineren und mittleren Städten um den Streik nicht kümmerten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 69 / Mittwoch, den 6. April 1949

Der Landtag hat gesiegt

Von Dr. Karl Ackermann, Mannheim

Ohne eine unmittelbare Begründung zu geben, hat der Staatsgerichtshof die Verfassungsmäßigkeit des Kulturpfennigs bejaht. Es verwundert uns nicht. Wir haben seinerzeit geschrieben, daß wir es für sehr bedenklich hielten, daß der Staatsgerichtshof unglückseligerweise aus dem besonderen Anlaß der Theatersteuer vom Landtag — also von einer Prozeßpartei — berufen wurde. Der Staatsgerichtshof hat sich von diesem seinem Auftraggeber nicht frei zu machen vermocht und ohne jeden Vorbehalt gegen die öffentliche Meinung entschieden.

Es wäre verfehlt, gegen die mutmaßlichen Gründe des Gerichtshof zu polemisieren, ehe dieser seine Ansichten bekanntgegeben hat. Darüber aber können noch Monate verstreichen. Wir glauben aber nicht, daß mit dieser Entscheidung heute noch dem Landtag ein großer Gefallen erwiesen worden ist. Zweifellos hatte dort schon ein guter Teil der Abgeordneten erwartet, daß der Staatsgerichtshof die leidige Angelegenheit mit Anstand begraben würde.

Nun ist das Kriegsbeil wieder herausgeholt worden und wir von der Zeitung sehen uns genötigt, weiterhin den Weg des Protests zu gehen, nachdem es uns im Sinne einer demokratischen Gemeinschaftsarbeit entschieden lieber gewesen wäre, wir hätten zu einer vernünftigen Verständigung mit dem Landtag gelangen können. Wenn es nach eines Zweifels bedurft hätte wie wenig solid, ja wie gefährlich für Staat und Gesellschaft die Einführung einer Ausnahmebesteuerung für das Zeitungs- und Zeitschriftenwesen ist, dann hätte das Plädoyer des Vertreters der Zeitungsverleger, Franz Karl Maier vor dem Staatsgerichtshof die Zweifelnden überzeugen müssen. Es ist tief bedauerlich, daß sich der Gerichtshof diesen Argumenten verschlossen hat und in einer allzu schnellen Entscheidung der parlamentarischen Praxis wiederum jenen Weg gewiesen hat, der schon zu Zeiten der Weimarer Republik in so verhängnisvoller Weise beschritten worden ist und der schließlich im allgemeinen Ausnahmezustand der Notverordnungsdiktatur endete. Deutlich genug legte der Vertreter der Verleger dar, daß es sich im Kampfe gegen den Kulturpfennig weder um ein kapitalistisches Geschäft der Zeitungen, noch auch nur um die Bagatellangelegenheit eines Pfennigs handelte. Vielmehr geht es um die Grundsatzfrage der Demokratie, ob die öffentliche Meinungsfreiheit und die Gleichheit vor dem Gesetz durch Ausnahmegesetze eingeschränkt werden darf oder nicht. Ob ein solcher Eingriff durch einen Geldschnitt oder durch Zensur vorgenommen wird, ist grundsätzlich dasselbe. Zumal noch geschichtlicher Erfahrung die Erwürgung der fortschrittlichen Presse häufig auf dem Steuerwege versucht wurde. Daß durch solche reaktionäre Unternehmen verschiedentlich Revolutionen ausgelöst worden sind, sei nur am Rande vermerkt.

Nun ist unser Landtag in seiner Mehrheit ja keineswegs an revolutionären Lösungen interessiert. Wenn er aber von sich aus seine eigenen Grundsätze in so drastischer Weise in Frage stellt und dabei von einem Staatsgerichtshof unterstützt wird, so muß man sich kopfschüttelnd fragen, was anders wohl bei einem solchen Verhalten herauskommen soll als eben die Erregung des Unwillens des Volkes, das sich um seine Grundrechte betrogen fühlt. Bereits ist die Frage aufgetaucht, ob nun angesichts dieser unglücklichen Entscheidung des Staatsgerichtshofes sich nicht das Problem aufwirft, die Auflösung des Landtages durch einen Volksentscheid in die Wege zu leiten.

Krawtschenko-Prozeß - kalter Krieg im Gerichtssaal

Von unserem ständigen Ptl.-Frankreich-Mitarbeiter

Der Krawtschenko-Prozeß ist beendet. Es waren ursprünglich zehn Sitzungstage für seine Durchführung angesetzt worden, es wurden aber dann 25 daraus. Und da sich nicht nur die Großen und die Größeren zu beleidigen pflegen, sondern auch die Kleinen sich oft genug Unfreundlichkeiten zu sagen haben, von denen sich freilich erst vor dem Richter herausstellt, ob sie beleidigenden Charakter haben oder nicht, mußte die 17. Strafkammer auch für die Bagatellsachen drei Tage der Woche freihalten.

Wenn die Welt friedlicher und ausgeglichener wäre als sie es gegenwärtig ist, hätte der Prozeß auf seinen eigentlichen Gegenstand bezogen bleiben können. Es würde sich dann lediglich um die Feststellung gehandelt haben, ob Viktor Krawtschenko durch die Herren Claude Morgan, Herausgeber, und André Wurmser, Chefredakteur der kommunistischen Wochenzeitung „Les Lettres Francaises" beleidigt oder gar verleumdet worden sei, als diese behaupteten, jener habe das Buch „Ich wählte die Freiheit" nicht selbst geschrieben, er sei ein Verräter, ein Säufer, ein Lügner, verkommen und obendrein ein Agent der amerikanischen Propaganda. Statt dessen wurde der Prozeß zu einer großen Auseinandersetzung zwischen Bolschewismus und Antikommunismus.

Als „Les Lettres Francaises" gegen ihn und sein Buch vom Leder zogen, war Krawtschenko weit; vielleicht würde er die Artikel gar nicht lesen, die ohnehin weniger für ihn und mehr für das französische Publikum geschrieben waren, das sich laute und lebhafte Gedanken über die Enthüllungen des sowjetischen Diplomaten machte. Wenn Ausländer in Frankreich einen Prozeß führen wollen, müssen sie vorher eine Kaution in Höhe der mutmaßlichen Verfahrenskosten — in diesem Fall waren es fast zwei Millionen Franken — beibringen. Das besänftigt meist schon die Streitlustigen und erspart dem Justizminister vielleicht zeitraubende Auseinandersetzungen mit dem Rechnungshof. Krawtschenko seinerseits war nicht zu besänftigen. Er klagte, hinterlegte die Kaution und kam selber nach Paris, was der angeklagten Partei sichtlich peinlich war. Die kommunistische Partei Frankreichs stellte Zeugen zur Verfügung, die alles, was sie in wenigen Tagen in Rußland gesehen hatten, ideal fanden. Krawtschenko bot dafür das Zeugnis von Menschen auf, die Jahre und Jahrzehnte unter dem Bolschewismus gelebt haben und völlig andere Eindrücke und Erinnerungen haben. Aus Moskau, wo der Fall einige Nervosität hervorgerufen hat, war den Angeklagten ein Schub zuverlässiger und gutgeschulter Eideshelfer zugeteilt worden. Es war der kalte Krieg im Gerichtssaal. Er verlief unblutig. Und das an einer Stätte, von der aus eine Königin Marie-Antoinette, ein Robespierre und so viele andere einst in den Tod geschickt worden waren. Vielleicht haben wir es doch schon viel weiter gebracht, als wir gemeinhin anzunehmen neigen.

Pontius Pilatus, der bekannte Landpfleger des alten Roms in Judäa, ist bekanntlich zu trauriger Berühmtheit gekommen, weil er auf die Frage nach der Wahrheit keine Auskunft fand und vermeinte, die unverbindliche Geste des Händewaschens könne ihn von der Verpflichtung zum Nachdenken entbinden. Die Richter im Krawtschenko-Prozeß wären ungesetzlich verfahren und wenig originell gewesen, wenn sie dem Pilatus nachgeahmt hätten. Sie hatten es keineswegs leicht, die Wahrheit zu ergründen. Der Fall lag an und für sich juristisch ziemlich klar: die Angeklagten hatten die Beweislast dafür, daß Krawtschenko ein Verräter, ein Säufer, Lügner und sonst etwas, nur kein Buchverfasser sei. Da nun „Les Lettres Francaise" mit ihren Beschimpfungen recht unsystematisch um sich geworfen hatten, konnte keine Rechnung ohne Rest aufgehen.

Es ergaben sich etwa folgende Bilder: wenn der Beweis erbracht wurde, daß Krawtschenkos Buch die Zustände in Rußland unrichtig oder lügenhaft darstellt, dann war er immer noch nicht als Lügner entlarvt. Denn die Angeklagten behaupteten, er könne gar nicht schreiben und sei infolgedessen auch nicht der Verfasser des Buches. Wer aber kein Buch geschrieben hat, kann darin auch nicht gelogen haben. Oder ein anderer Ausblick: war Krawtschenko ein Verräter? Er hatte sich Ende 1944 von Moskau losgesagt, also noch während des Krieges; aber er war in den Vereinigten Staaten geblieben, also in einem mit dem Kreml verbündeten Land. André Marty der Draufgänger und Abgott der französischen Kommunisten, zettelte im Jahr 1917 eine Marine-Meuterei im Schwarzen Meer an und wurde nur deshalb nicht zum Tod verurteilt, weil es ihm gelungen war, vor dem Kriegsgericht den Geisteskranken zu spielen. Als im September 1939 der zweite Weltkrieg ausgebrochen war, kniff Maurice Thorez, obgleich wehrpflichtig, nach Moskau aus, um von dort aus mehr in Worten als in Taten an Hitlers und Stalins gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Länder teilzunehmen, zu denen er auch Frankreich rechnete. Fünf Jahre später kehrte er nach Frankreich zurück, nachdem General de Gaulle ein Gesetz geschaffen hatte, das Thorez auf den Leib geschnitten war; der Spruch des Kriegsgerichts, der Thorez wegen Fahnenflucht verurteilt, ist übrigens nie aufgehoben worden. Wurde bejaht, daß Krawtschenko als Verräter bezeichnet werden darf, so brauchte sich niemand mehr Thorez gegenüber Hemmungen aufzuerlegen.

Soviel Fragen, soviel Komplikationen! Wenn nach dem Urteil manche Zweideutigkeit bleibt, trägt das Gericht die geringste Schuld daran. Es ist um die Wahrheit bemüht gewesen, ohne Drogen anzuwenden; es sei denn die Richter hätten selbst welche genommen, um sich besser durch die Aktenberge hindurcharbeiten zu können. Neben der juristisch erheblichen Wahrheit kann die politische nicht übersehen werden. Der Kommunismus hat im kalten Krieg eine Schlacht verloren.

Fällt die Aufwandsteuer?

Die Erhebung von Steuern und Abgaben gehört seit jeher zu den am wenigsten populären Maßnahmen der Regierungen wohl so ziemlich aller Länder dieser Erde. Für das gegenwärtige Deutschland gilt dies in einem besonders ausgeprägten Maße. Unsere Steuertarife, auf Kontrollratsgesetzen der Besatzungsmächte als der alleinigen Träger staatlicher Souveränität in Deutschland beruhend, sind so außerordentlich hoch, daß sie im Zusammenwirken mit einigen anderen volkswirtschaftlichen Ursachen die Quellen der für unsere wirtschaftliche Gesundung dringend erforderlichen volkswirtschaftlichen Kapitalneubildung fast völlig zugeschüttet haben. Während vor Jahresfrist in der damals noch bevorstehenden Geldreform allgemein die Voraussetzung einer wirtschaftlichen Gesundung erblickt wurde, ist man heute in wirtschaftlichen Kreisen einhellig von der Notwendigkeit einer Steuerreform überzeugt. Diese sogen. „Kleine Steuerreform" wird jedoch von der Besatzungsmacht von der Einführung zusätzlicher Steuern abhängig gemacht, zu denen in erster Linie die Aufwandsteuer gehört, die den Luxuskonsum steuerlich erfassen soll.

Die Verwaltung für Finanzen hat vor einiger Zeit einen Katalog von Steuertatbeständen zusammengestellt, die von der Aufwandsteuer erfaßt werden sollen. Man findet an dieser Liste auch dann kaum Gefallen, wenn man hört, daß bei ihrer Aufstellung die Luxussteuer der Schweiz Pate gestanden haben soll. Die Zusammenstellung reicht von Schmuckwaren, soweit sie aus Gold oder Platin unter Verwendung von echten Perlen, Brillanten oder Edelsteinen hergestellt sind, über Hausbars, Musikschränke, Billards, Spieltische, Golf- und Felssportgeräte, Segel- und Motorboote, Möbel und Fahrzeuge mit Lederüberzügen, Lack-, Seide- und Brokatschuhe, Bekleidungsstücke aus Kalb-, Wild-, Ziegen- oder Schaffleder, Pelzbekleidung, soweit zu ihrer Herstellung echte Pelze Verwendung finden bis hinunter zu Parfüms, Haarfärbemittel, Nagelpflegemittel und Lippenstiften. Unmittelbar nach der Währungsreform mag eine Sonderbesteuerung wenigstens eines Teiles dieser Warenumsätze angesichts mancher wenig erfreulicher Erscheinungen, die sich damals im Gesamtbild unseres wirtschaftlichen Lebens abzeichneten, noch einigermaßen verständlich erscheinen sein. Inzwischen haben sich die Dinge doch wohl wesentlich gewandelt. In Deutschland kommt es heute sehr nachdrücklich darauf an, das absolute Produktionsvolumen auszuweiten und durch eine arbeitsintensive Veredelung von Rohstoffen Qualitätswaren zu erzeugen, die uns die Zugänge zum Weltmarkt öffnen, um dort einzutauschen, was unsere Wirtschaft an Rohstoffen und Konsumgütern für den inneren Markt nicht bereitzustellen vermag. Die Qualitätsindustrie braucht jedoch, um exportieren zu können, einen gewissen Inlandsabsatz, weil die Exportquote allein die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung nicht gewährleisten kann. Eine Sonderbesteuerung der exportorientierten Qualitätserzeugung kann nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung mit sozialen Rücksichten verteidigt werden. In Wirklichkeit nämlich wirkt sie exportdrosselnd, schafft Arbeitslosigkeit und schlägt somit gerade diejenigen, die sie schützen soll.

Solche nüchternen Ueberlegungen scheinen sich nunmehr auch in Kreisen des Wirtschaftsrates durchzusetzen. Der Wirtschaftsausschuß des Wirtschaftsrates hat die von der Verwaltung für Finanzen vorgeschlagene Aufwandsteuer inzwischen bereits abgelehnt. Der Direktor des Verwaltungsamtes für Wirtschaft, Professor Erhard, hat sich sehr entschieden gegen die Aufwandsteuer gewandt. Der Finanzausschuß des Wirtschaftsrates scheint auch keinen besonderen Gefallen mehr an dieser Form der Aufwandsteuer zu finden. In diesem Ausschuß denkt man jetzt offenbar nur noch daran, an einer besonderen Aufwandsteuer für Luxusgaststätten festzuhalten. Auf jeden Fall hat der Ausschuß die Verwaltung für Finanzen ersucht, nun in Zusammenarbeit mit der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen Gesetzentwurf noch in dieser Woche vorzulegen, der dann im Plenum des Wirtschaftsrates Ende April beraten werden soll. Es wird sich zeigen, was von alle dem letzten Endes noch übrig bleibt. Offenbar ist die wirtschaftliche Vernunft drauf und dran, über die gesetzgeberischen Bemühungen um eine schlecht durchdachte steuerliche Maßnahme zu triumphieren. Das wäre immerhin ein nicht einmal unerfreuliches Ergebnis. W. K.

Staatsregierung will „Kulturpfennig"-Entscheid überprüfen

STUTTGART, 5. April. (DENA). Die württemberg-isch-badische Staatsregierung will, wie am Dienstag bekannt wurde, den Entscheid des Staatsgerichtshofes über das „Kulturpfenniggesetz" überprüfen. Nach Ansicht der Landesregierung bedeutet der Entscheid, das Gesetz verstoße nicht gegen die württemberg-badische Verfassung, noch nicht die Erhebung der Abgabe. Der württemberg-badische Ministerrat hatte die Erhebung der „Kulturpfennig"-Abgabe zunächst ausgesetzt.

Heimkehrer aus dem Osten

STUTTGART, 5. April. (DENA) In der Woche vom 27. März bis 2. April trafen nach einer Mitteilung des Staatskommissariats für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden im Entlassungslager Ulm-Kienlesberg zehn Transporte mit 3399 Heimkehrern aus der Sowjetunion ein.

Nazis wollten eigenen Papst

MÜNCHEN, 5. April. (DENA). Kardinal Erzbischof Michael von Faulhaber schreibt in seinem Hirtenbrief anläßlich des Papstjubiläums, man habe bei den Nürnberger Prozessen Dokumente gefunden, aus denen hervorgeht, daß die Spitzen des Naziregimes für jedes Volk, auch für das deutsche, einen eigenen Papst einsetzen wollten.

Kampf gegen Juden in Rußland

NEW YORK, 5. April. (UP) Edward Weintal, ein diplomatischer Korrespondent der amerikanischen Zeitschrift Newsweek, erklärte, daß in der Sowjetunion eine Kampagne zur Beseitigung der jüdischen Intelligenz im Gange sei. Offiziell richte sich die Kampagne gegen „heimatlose Kosmopoliten", jedoch seien von 50 Intellektuellen, die man während der letzten zwei Monate öffentlich angriff, 49 jüdischer Herkunft.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN:

München. Der Bruder Martin Bormanns, Albert Bormann, ehemaliger persönlicher Adjutant Hitlers und SS-Standartenführer, meldete sich am Dienstag freiwillig im bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben. Er hat bisher unter falschem Namen in Mühldorf gelebt. — **Memmingen.** Nach dem Genuß von Leberstreichwurst erkrankten über 104 Personen im Landkreis Memmingen an Paratyphus. — **Bremen.** (UP). Radio Bremen, das bisher unter der Kontrolle der US-Militärregierung gestanden hatte, wurde am Dienstag den deutschen Behörden übergeben. — **Lübeck.** Ein mit vier Personen besetztes Ruderboot kenterte beim illegalen Grenzverkehr von der sowjetischen in die britische Zone auf dem Schaalsee in Schleswig-Holstein. Die Insassen, darunter zwei Kinder, ertranken. — **Stegen a. H.** Kopf und Oberkörper in einen Sack gebunden, die Füße gefesselt, wurde in einer Abortgrube die Leiche eines Mannes entdeckt, die am Kopf schwere Verletzungen aufwies. Der Tote ist als ein seit Februar vermißter 32jähriger Kraftfahrer identifiziert worden. (ts).

SOWJETZONE:

Leipzig. Der Leipziger Oberbürgermeister, Prof. Dr. Erich Zeigner, ist am Dienstag an den Folgen einer unheilbaren Darmkrankheit verstorben.

(Alle nicht gezeichneten Nachrichten: DENA)

Lizenz-Nummer US-WB 116. Herausgeber und Chefredakteur Felix Richter. Stellv. Chefred. Heinz A. Deckert (in Urlaub). Redaktionsmitglieder: Max Geisenheyner, Helmut Haag, Wilh. Hagemeyer, Rudolf John, Hanns Molin, Dr. W. Oberkampf, Otto P. Paeffgen, Hildegard Pfeiffer, Adolf Rohrbüsch, Josef Werner. — Mit vollem Verfassernamen gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung gestattet, das Zitierungsrecht bleibt unberührt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. — Verlag: Süddeutsche Allgemeine, Zeitungsverlag GmbH. Verlagsdirektor Dipl.-Ing. Herbert Lehmeyer,

Dort drüben in Overmanns Bude

ROMAN VON GEORG RYDBERG

32. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

Warnungsschüsse fallen um sie zum Stehenbleiben zu zwingen. Die Grenzer sind ihnen nach, haben die Kolonne langsam umzingelt, die Schmuggler sind schon weit in die Heide getrieben worden, vielleicht haben einige Glück gehabt und konnten entweichen. Vielleicht sind einige erschossen worden. Aus großer Ferne hört Jupp das Rufen der Zollwächter. Klaus ist zu den übrigen gelaufen und verschwunden. Die Leuchtkugeln sind erloschen, und die Nacht hüllt alles wieder in Dunkelheit. Er springt vor bis an die Stelle, wo Mia zusammengebrochen ist. Da liegt sie, am Rande des Waldes, im Gras, Schmugglerlarve vorm Gesicht. Er beugt sich über die Tote, holt seine Taschenlampe hervor, beleuchtet ihr Antlitz — vor ihm liegt Frau Dorle —

Entsetzt, mit weit aufgerissenen Augen, starrt er auf das geliebte Gesicht. Rasch beugt er sich über die Regungslose, er reißt ihre Jacke auf, entblößt ihre Brust, legt das Ohr auf die noch warme Haut, aber er kann keinen Herzschlag mehr vernehmen. Hastig sucht er nach der Wunde, er kann nichts finden, obwohl alles blutüberströmt ist. Er wendet ihren Körper und entdeckt den Einschuß der Kugel seitlich in der oberen Rückenhälfte.

Er hat sie getötet! Soll er schreien vor wahnsinnigem Schmerz, soll er seinem Leben ein Ende machen? Da liegt sie, um deretwillen er ein neues Leben beginnen wollte. Er wirft sich über die Gestalt, bedeckt die teuren Züge, auf denen noch ein Rest von Lebenswärme liegt, mit Küssen, er preßt sie an sich, abgehackte, wirre Laute stammelnd. Dann liegt er neben ihr, wie ein schwerverwundetes Tier.

Plötzlich vermeint er, eine Bewegung an ihr wahrgenommen zu haben. Er springt hoch, reißt sich den Rock vom Leib und bettet das Bündel unter ihren Kopf. Seine Lampe wirft ihren schwachen Schimmer auf das leblose Gesicht. Da — ist es Wahrheit? Er glaubt ein Vibrieren der zarten Nasenflügel gesehen zu haben. Nochmals legt er sein Ohr auf ihre Brust. Ihm ist, als ob er ihr Herz unmerklich pochen hörte. Ja! Ja! Sie lebt! Sie liegt in Ohnmacht —, aber sie lebt.

Er holt seine Feldflasche hervor und flößt ihr vorsichtig einen Schluck Branntwein durch die halbgeöffneten Lippen in den Mund. Jetzt — ein Zittern geht durch den Körper, und er hört ein leises, schmerzliches Stöhnen. Aber sie erwacht nicht.

Nun verlöscht er sein Lämpchen, setzt sich auf den Boden und nimmt sie in seine Arme, um sie mit seiner Wärme vor der kühlen Nachtluft zu schützen. Rasend jagen die Gedanken durch sein Hirn. Was kann er tun, um die geliebte Frau zu retten? Sie in der Dunkelheit fortzutragen, hätte keinen Sinn. Der Lindenhof ist stundenweit entfernt. Ringsum kein Haus, kein Dorf. Er ist verzweifelt. In ohnmächtiger Ratlosigkeit, vor Angst, das entfliehende Leben nicht mehr retten zu können, rinnen ihm Tränen über sein zuckendes Gesicht. Er muß die Dämmerung abwarten. Die größte Gefahr aber ist — und das erfüllt ihn mit Entsetzen —, daß jeden Augenblick eine Zollpatrouille eintreffen kann, die, wie es in solchen Fällen üblich ist, nach Ueberfällen nochmals den Schauplatz nach weggeworfener Schmuggelware absucht. Wenn man sie beide fände! Frau Dressel würde als Schmugglerin verhaftet werden, und Gefängnis erwartete sie. Er käme vielleicht davon — nein, nein — das darf nicht sein.

Die Frische der Luft wird empfindlicher. Er hüllt die Frau jetzt fest in seinen Rock, umschlingt sie sanft, um ihr Wärme zu geben, flüstert ihr zu und spricht alles Tröstliche, das ihm der angsterfüllte Augenblick eingibt. Dazwischen bittet er sie um Verzeihung, weil er beinahe ihr Mörder geworden, er sagt ihr, wie sehr er sie liebe, wie er bisher noch nicht gewußt, was Liebe sei, wie er sich vorgenommen, mit ihrer Hilfe sein Leben zu ändern. Zart und behutsam streichelt er unaufhörlich ihre Wangen, schließlich ersterben ihm die Worte im Munde, und angestrengt nachdenkend starrt er in die graue Dämmerung.

Das ist Hinrichs' Werk! Das hat dieser Bube ausgeheckt und Mia hat es ausgeführt. Wie raffiniert sind sie zu Werk gegangen! Frau Dorle war überredet worden, mit den Schmugglern zu gehen, wie hat man das fertig gebracht? Es ist gleichgültig. Die beiden waren schlauer als er. Während er glaubte, Mia hätte keine Ahnung, was er gegen sie plante, durchschaute sie seine Absicht vollkommen. Er und Frau Dorle wurden wie zwei Schachfiguren dorthin geschoben, wo die beiden Teufel sie aufgestellt haben wollten. Mia wußte, daß es seine feste Absicht war, sie zu erschießen. Darauf baute sie ihren Plan und stellte die verhaßte Frau an ihren Platz. Jetzt erinnerte er sich, wie überlegt jedes Wort war, das sie zu ihm gesprochen. Jetzt erst erkannte er die erstaunliche Komödie, die sie gespielt.

Er starrte und starrte ins Dunkle . . .

Nun ist ihm auch klar, daß es garnicht Hinrichs gewesen sein konnte, auf den er geschossen. Hinrichs war ebensowenig dabei wie Mia — er hätte jemand anderen getötet, wenn er getroffen.

Nein, beide waren weggeblieben — beide ahnten seinen Verrat und seine Absicht. Diese entsetzliche Schlinge — —.

Er verfluchte den Schmuggel, er verfluchte die Grenze und verfluchte jene, die sie ausgedacht hatten, daß sie die Menschen zum Verbrechen verführt . . . er verfluchte die Bedrängnis des Landes und die satte Gier jenseits der Grenzpfähle, die aus deutscher Not Gewinn erschachert und dem Elend eine stete Lockung vorhielt. Aber sein gerechter Zorn zerfloß vor der ungeheuren Angst um die teure Frau. Immer dämmriger wird die Heide, immer genauer kann er das schöne, geliebte Antlitz der Bewußtlosen erkennen. Ein kühler Morgenwind weht um ihr blondes Haar und bewegt sie leise. Als ob eine harte Faust seine Kehle zusammenschnürte, so ringt er um Atem.

Er muß fort. Er muß Hilfe herbeiholen, ehe es zu spät ist. Daß noch keine Zollpatrouille gekommen ist, beruhigt ihn. Jetzt wird auch keine mehr erscheinen, sonst wäre sie schon längst da. Er will die Ohnmächtige mit Zweigen und Laub bedecken, damit sie geschützt ist, und dann will er rasch Hilfe herbeiholen. Vielleicht einen Arzt, der im Auto kommen kann. Nur schnell fort. Sanft bettet er ihren Körper ins Gras, holt aus dem nahen Wald dürre Zweige und trockenes Moos, mit dem er, so gut es geht, ihren Körper bedeckt. Dann bricht er Aeste mit dichtem Laub und häuft sie über die wie leblos Daliegende.

(Fortsetzung folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die wirtschaftlichen Vorteile einer Verschmelzung von Württemberg und Baden

Die bevorstehende Volksabstimmung über den Zusammenschluß der südwestdeutschen Länder zu einem gemeinsamen Staat läßt es uns angebracht erscheinen, unseren Lesern in einer Artikelfolge die Vorteile wirtschaftlicher Art aufzuzeigen, die eine einheitliche Regierung für jeden der beteiligten Landesteile mit sich bringen würde. Die nachfolgenden Aufzeichnungen, die uns aus kompetenter Quelle zugegangen sind, dürften jeden Leser von den Vorteilen eines Zusammenschlusses überzeugen. *Die Redaktion.*

Nord- und Südwürttemberg-Baden würden sich namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht glücklich ergänzen. Die Industrie ist im Norden in stärkerem Maße entwickelt als im Süden; dagegen hat die Land- und Forstwirtschaft im Süden größere Bedeutung als im Norden, so daß ein gesunder Ausgleich zwischen beiden Landesteilen möglich sein würde. Diese Struktur erwies sich schon früher für beide Teile als außergewöhnlich günstig und hat sich in Krisenzeiten bewährt. Die Aufrichtung der Zonengrenze führte zur Zerreißung vieler Beziehungen und zu schweren Nachteilen für beide Landesteile. Die Agrarüberschüsse des Südens finden ihren Weg nicht mehr nach Norden, und umgekehrt fehlt den gewerblichen Erzeugnissen des Nordens der Zugang zum Süden. Württemberg-Baden kann seine Bevölkerung mit den Erzeugnissen seiner Landwirtschaft nicht ernähren. Auch an Bodenschätzen ist es arm und weitgehend auf die Einfuhr von Lebensmittel und Rohstoffen angewiesen, die es nur durch die Ausfuhr von Industrieerzeugnisse bezahlen kann.

Die gewerbliche Wirtschaft Württemberg-Badens bildete in ihrem inneren Aufbau und in ihrer rationellen Zusammenarbeit eine festgefügte Gruppe im Rahmen der früheren deutschen Wirtschaft, die gerade in ihrer Geschlossenheit und ihren Erfolgen besondere Beachtung gefunden hat.

Die eisenverarbeitende Industrie hat sich ihre Standorte nicht zufällig gewählt, sondern sich den landwirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt. Die größeren Industriebetriebe sitzen in den großen Städten des nördlichen amerikanisch besetzten Teiles, weil dorthin auf den großen Verkehrswegen zu Wasser und zu Lande die von ihnen benötigten Rohstoffe, Halbzeuge und Zulieferungen bequem zugefahren werden können. In den südlichen Landesteilen, insbesondere in den Bergen und Tälern des Schwarzwaldes hat sich die Verfeinerungs- und Präzisions-Industrie niedergelassen. Die beiden Industriegruppen Nord- und Südwürttemberg-Baden haben seit Jahrzehnten rege wechselseitige Geschäftsbeziehungen unterhalten und sind sehr gut aufeinander eingespielt. Der Süden erhält z. B. vom Norden Werkzeugmaschinen, Werkzeuge und Rohstoffe, der Norden vom Süden Einzelteile, Spezialitäten und Zubehör. Z. B. befinden sich die wenigen Eisen- und Stahlgießereien des Landes im nördlichen Teil, während im südlichen zahlreiche bedeutende eisen- und metallverarbeitende Spezialbetriebe liegen. Auch der Metall- und Eisenhandel hat in Nord-Württemberg-Baden, vor allem in Stuttgart und Manheim seinen Sitz. Werkzeugmaschinen und elektrische Werkzeuge sind im Norden mit den vom Markt am meisten gebrauchten Spezialitäten vertreten. Dagegen ist die Uhren- und Instrumenten-Industrie, sowie die Feinmechanik im Süden eine Schlüsselindustrie für viele Betriebe des Nordens, und zwar von der Metallverarbeitung bis zum Gesundheitswesen.

Betriebe zur Erzeugung von Holzbearbeitungsmaschinen finden wir u. a. in Freiburg-St. Georgen, wo die Firma Raimann viele Holzverarbeitungsmaschinen-Monopole besitzt. Baumaschinen müssen aus dem Norden bezogen werden. Transport-Anlagen, wie Aufzüge, werden im Süden nicht hergestellt, während sie im Norden stark vertreten sind. Auch der Fahrzeugbau fehlt im südlichen Teil. Die Lieferungen von Daimler-Benz (allerdings liegt in Gaggenau ein Daimler-Benz-Zweigwerk) nach dem südlichen Landesteil erreichten 1938 einen Wert von 7,5 Mill. RM. Bosch lieferte im gleichen Jahr für 2,6 Mill. RM Ausrüstungsteile für Kraftfahrzeuge. Allein nach Südwürttemberg. Andererseits ist Daimler-Benz wieder auf die Lieferung von Meßwerkzeugen, Garagen-Einrichtungen, Pumpen, Schnellwaagen, Auto-Zubehörteilen, Pressen, Schreinereiwerkzeugen, Elektromotoren, Muttern und Schrauben, elektrischen Widerständen usw. aus dem Süden angewiesen. Die für die Ernährungswirtschaft so wichtige Mannheimer Großfirma Lanz braucht das Laub- und Schnittholz für die Anfertigung von Dreschmaschinen aus Südbaden.

In Südwürttemberg liefen zahlreiche, bedeutende Wirkereien und zwar in Ebingen, Balingen, Tailfingen und Umgebung, während sich die Spinnereien überwiegend im Norden befinden. So hat Südwürttemberg z. B. 1938 für 15 Millionen RM Baumwollwaren und für 1,5 Mill. RM Wollwaren aus Nordwürttemberg bezogen und wiederum für 30 Mill. RM Webwaren aller Art sowie für 18 Millionen Trikotagen nach Nordwürttemberg geliefert. Die Textilindustrie zeigt in besonderem Maße die enge Verflechtung und Abhängigkeit der Betriebe des Nordens und Südens voneinander.

Die an sich schon schwierige Lage der Bekleidungsindustrie und des Spinnstoff-Handels ist durch die Ländertrennung unerträglich geworden. So liegen z. B. die wichtigsten Lieferwerke einer großen nordbadischen Herrenmäntelfabrik in Südbaden und Südwürttemberg. Aus Schiltach, Staufen und Rohrdorf bezog diese Firma früher ihre Oberstoffe, Futterstoffe und Leinen. Eine andere bedeutende nordbadische Firma für Herren-, Damen- und Kinderbekleidung, Sportartikel, Herrenwäsche und Maßanfertigungen mußte verschiedene Abteilungen stillegen, weil die Waren für diese aus Südbaden und Südwürttemberg bezogen wurden. Die südbadische Textilindustrie beschäftigt gegenwärtig noch 21 000 Menschen. Im Norden fehlen Nähseide aus Gutach, Tuche aus Lörrach, Metzingen, Rohrdorf, Schiltach und Nagold, Trikotagen aus Urach, Tailfingen, Trossingen, Reutlingen und Hechingen, sowie Decken aus Calw. Zu erwähnen ist auch die südbadische und südwürttembergische Textilmaschinen-Industrie, die in einem größeren Wirtschaftsraum reichere Absatzmöglichkeiten haben würde.

Ernährung und Landwirtschaft

Das künftige Deutschland soll stärker als früher auf der Eigenständigkeit der Länder beruhen. Dazu aber sind Länder von innerer Tragfähigkeit, soweit möglich, auch auf dem Ernährungsgebiet, nötig. Württemberg-Baden hat in normalen Zeiten etwa 40 Prozent Eigenbedarf an Brot- und Futtergetreide selbst erzeugt. Für den Rest war es auf Einfuhr von Uebersee und aus Ostdeutschland angewiesen. Eine Stärkung der Getreidebilanz wäre die willkommene Folge eines Zusammenschlusses der beiden Landesteile. Hinzu kommt — und das gilt für alle Lebensmittelgebiete —, daß die Besitzstruktur von Südwürttemberg mit ihren in der Hauptsache mittel- und großbäuerlichen Wirtschaften eine prozentual viel stärkere Ablieferung erbringt. Wenn für das jetzige Nordwürttemberg die Getreide-Eigenerzeugung bei den augenblicklichen Rationen rund vier Monate reicht, so für Gesamtwürttemberg nach Zusammenschluß sechs Monate. In der Teigwarenherstellung ist Nordwürttemberg führend. Seine Industrie reichte früher für eine Belieferung eines wesentlichen Teiles von Deutschland aus, während die Kapazität der südwürttembergischen Industrie geringer ist. Auf dem Gebiet der Nährmittelherstellung kommt den Großbetrieben Knorr und Schüle-Hohenlohe und den Firmen Maggi-Singen und den Radolph-Werken in Radolfzell (2000 Arbeiter) wohl die gleiche Bedeutung zu.

Die Vermahlung des Getreides besorgen die Mannheimer Großmühlen, die nicht allein in Baden zu einem hohen Prozentsatz mit Weizenmehl beliefern, sondern auch Württemberg, Hessen und Bayern. Mannheim war nicht nur der bedeutendste Einfuhrhafen für ausländisches Brot- und Futtergetreide, sondern auch für die Zufuhren aus dem Norden und Nordosten Deutschlands. Auf Grund dieser einzigartig günstigen Verkehrslage entwickelte sich hier Deutschlands größtes Mühlenzentrum.

In Württemberg-Baden leidet die Kartoffel infolge der klimatischen Verhältnisse an starken Abbau-Erscheinungen, die einen häufigen Pflanzgut-Wechsel erforderlich machen. Durch den Mangel an neuem Saatgut seit Beginn des Krieges sind die Kartoffel-Erträge auf etwa 60 Prozent der Vorkriegshöhe abgesunken. Wenn auch das Grundübel in der Kartoffelversorgung darin zu sehen ist, daß heute die Zufuhren an Speisekartoffeln und Saatgut aus dem Norden und Osten Deutschlands fehlen, so könnte doch durch die Beseitigung der Trennung zwischen Nord- und Südwürttemberg-Baden eine wesentliche Erleichterung der Lage eintreten.

Der Weinbau

Der Weinbau konzentriert sich auf das jetzige Nordwürttemberg und Südbaden. Lediglich am Bodensee und in der Metzinger, Tübinger und Rottenburger Gegend ist er in Südwürttemberg schwach vertreten. Dieses hat deshalb große Mengen nordwürttembergischer Weine bezogen und war ein sicherer Abnehmer von Unterländer Weinen. Der nordwürttembergische Weinbau war in seinen Absatzschwierigkeiten stets auf dieses Gebiet angewiesen. Nordwürttemberg lieferte allein im Jahre 1946 600 000 Liter nach Nordbaden, während früher die württembergischen Erzeuger keine Umsätze in Baden gemacht haben. Baden wird so bald wie möglich wieder Pfälzer Weine, sowie solche südbadischer Herkunft einkaufen. Die württembergischen Erzeuger streben daher danach, sich wieder nach dem Süden Württembergs zu orientieren. (1944 kauften die südwürttembergischen Gastwirte und Weinhändler rd. 40% nordwürttembergische Weine). Ein Zusammenschluß des Landes würde sowohl dem lenkenden Staat als auch dem Handel und den Erzeugern die Möglichkeit einer Weinabsatz-Politik geben, die die wirtschaftliche Grundbedingung für eine Erhaltung und einen Aufbau der württemberg-badischen Weinbauwirtschaft darstellt.

Nordwürttemberg-Baden ist der Sitz der Großbrauereien, während in Südwürttemberg-Baden nur Mittel- und Kleinbrauereien mit räumlich begrenzten Absatzmärkten liegen. Besonders die Stuttgarter, Karlsruher, Pforzheimer und Ulmer Großbrauereien haben infolge der Ländertrennung in den südlichen Landesteilen ein wichtiges Absatzgebiet verloren, dessen Wiedergewinnung höchst bedeutungsvoll ist. Anzahl und Kapazität der Betriebe würden ausreichen, um den Bedarf und auch einen etwaigen Export ausreichend zu sichern.

Der für die Bierherstellung wichtige Hopfen wurde früher vor allem aus dem Anbaugebiet von Tettnang bezogen. Dort werden vorzügliche Hopfenarten gezüchtet, die sich besonders für helle Biere eignen.

Milch- und Fettwirtschaft

Der französisch besetzte Teil des Landes, insbesondere Südwürttemberg, war früher sowohl bei Milch- als auch bei Milcherzeugnissen, wie Butter und Käse, ein bedeutendes Ueberschußgebiet. Dieser Ueberschuß müßte ausreichen, um den Bedarf Nordwürttemberg-Badens zu decken. Die Ländertrennung verhindert aber die Lenkung der anfallenden Milchmengen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Milch wird jetzt nicht mehr dem verkehrsgünstigsten Verarbeitungswerk zugeleitet, sondern dem zonenegenen. Dadurch entstehen erhöhte Kosten, Verderb, Ausfall und Verminderung. Infolge des hart angeschlagenen Kuhbestandes kann Südbaden z. Zt. lediglich seinen Bedarf an Trinkmilch decken und seinen Fettbedarf nur zum Teil aus der eigenen Buttererzeugung, die eine Ration von 200 g je Normalverbraucher gestattet, bestreiten. Die Trennung des Landes hat sich auf milchwirtschaftlichem Gebiet vor allem auch deshalb ungünstig ausgewirkt, weil die gesamte milchwirtschaftliche Maschinenindustrie in der englischen und amerikanischen Zone liegen. Die Versorgung der sehr zahlreichen Molkerei- und Käsebetriebe mit Molkereimaschinen und -geräten ist daher außerordentlich erschwert.

In der Obstversorgung haben die südlichen Landesteile den Vorteil ihres gepflegten Obstbaues in der Bodensee-Gegend und in der Rheinebene mit ziemlich gleichbleibenden Ernte-Erträgen, während die nördlichen Landesteile große Ernteschwankungen aufzuweisen haben. Die Hauptabnehmer der Obsternte waren immer die großen Städte Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, sowie die dortigen Verarbeitungs-Industrien, wie Konserven und Marmelade-Fabriken. Der Obst- und Gartenbau, vor allem Südwürttembergs, ist auf die Lieferungen von Baumschul-Erzeugnissen und Gemüsesaatgut aus Nordwürttemberg dringend angewiesen. Fallen dies Lieferungen aus, so würden insbesondere im Obstbaum-Bestand erhebliche Schäden entstehen. Dies gilt gleichermaßen für das Kern-, Stein- und Beerenobst.

Württemberg-Baden hat sich mit Gemüse aus eigener Erzeugung nie völlig versorgen können. Die reicheren Anbaugebiete liegen einerseits in Nordwürttemberg, andererseit in Südbaden. Ein normaler Ausgleich in der Verteilung ist durch die Ländertrennung wesentlich erschwert.

Papier-, Leder- und Chemische Industrie

Die Papier- und Zellstoffwerke des amerikanisch besetzten Teiles des Landes haben ihre Rohstoff-Quellen in Südbaden und Südwürttemberg. Die Papierverarbeitung selbst findet sich in Nordwürttemberg-Baden und zu bedeutenden Teilen in Lahr und der Umgebung von Konstanz. Der Papierhandel hat in Stuttgart, Heilbronn, Karlsruhe und Mannheim seinen Sitz. Umgekehrt muß der nördliche Landesteil zahlreiche Spezialpapiere für technische Zwecke aus der französischen Zone beziehen, deren Papierfabriken im wesentlichen als Lieferanten für Zeitungsdruck- und Werkdruckpapier für die Firmen des Verlag-Buchhandels tätig sind, die in Nordwürttemberg und Freiburg ihren angestammten Sitz haben.

Wichtige Lederfabriken befinden sich in der amerikanischen Zone Württemberg-Badens und zwar in Weinheim und Backnang. Von ihnen ist die bedeutende Schuhindustrie im südlichen Teil des Landes abhängig. Auch Futterstoffe für die Schuhindustrie stammen zum großen Teil aus Württemberg-Baden.

Durch die Ländertrennung ist die chemische Industrie Württemberg-Badens weitgehend von ihren Roh- und Hilfsstoffen abgeschnitten, denn das Land hat keine Kohlen, keine wertvollen Erze usw. Die geringen Erdölvorkommen bei Bruchsal spielen für die Versorgung nur eine ganz untergeordnete Rolle. Diese Industrie hängt im besonderen von dem Holzreichtum des Schwarzwaldes und von von den chemischen Erzeugnissen ab, die unter Ausnutzung der Wasserkräfte am Oberrhein Karbid, Lösungsmittel auf Acethylen-Basis, Essigsäure und Aluminium hergestellt werden.

Nordbaden verfügt über zwei Werke der Zündholzherstellung. Beiden Werken fehlt Holz, da sie etwa 12 500 Festmeter pro Jahr zum Großteil aus dem in der französischen Zone gelegenen Schwarzwald bezogen. Technische Oele und Fette, Lacke und Farben, Gerbstoffe, Kraftstoffe, Produkte zur Straßenunterhaltung und zur Schädlingsbekämpfung werden im Süden so gut wie nicht hergestellt und müssen aus dem Norden bezogen werden. Das gleiche gilt für Waschmittel.

Die Energie-Wirtschaft

Die Energiewirtschaft ist in Baden und in Württemberg unter Gesichtspunkten des Landesgebietes organisiert worden und eng dem alten Staatsgebiet angepaßt. Die Zonengrenze schneidet die Gebiete der verschiedenen Versorgungsverbände mitten durch und erschwert die einheitliche Steuerung der zusammenfassenden Landesverteilung aufs schwerste.

Nordwürttemberg verfügt nicht über speicherfähige Wasserkräfte. In Südwürttemberg besteht die Möglichkeit der Schaffung eines großen Speicherkraftwerkes im Gebiet der Argen, das für Württemberg mindestens von der gleichen Bedeutung sein würde, wie das Walchensee-Werk für Bayern. Das Land Baden ist durch das „Badenwerk" seit langen Jahren zu einem einheitlichen Energiebezirk ausgestaltet worden. Die benötigte elektrische Energie wird gemeinsam von allen in diesem Energiebezirk liegenden Kraftwerken nach den Grundsätzen einer rationellen Kraftwirtschaft aufgebracht. In erster Linie werden die Wasserkräfte ausgenutzt, soweit diese nicht ausreichen, erfolgt ein Bezug von Fremdstrom von Werken außerhalb Badens. Darüber hinaus gehender Bedarf wird durch badische Dampfkraftwerke gedeckt.

Der Schwerpunkt der Wasserkrafterzeugung liegt in der französischen Zone, der Schwerpunkt der Wärmekrafterzeugung und des Fremdstromberzuges in der amerikanischen Zone. Der Verbund-Betrieb der verschiedenen Werke ist durch die Aufteilung Badens in zwei Länder stark beeinträchtigt worden. Die Wasserkraft dient jetzt vornehmlich der Versorgung von Südbaden, während Nordbaden mehr als früher auf den Einsatz der mit Steinkohle arbeitenden Dampfkraftwerke Mannheim und Karlsruhe angewiesen ist. Treten Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung auf, so wird infolgedessen die Versorgung des nordbadischen Betriebes hiervon wesentlich schärfer betroffen, als die Versorgung von Südbaden. Die Erfahrungen, insbesondere die geschilderten Ausfall- und Mangelerscheinungen lehren, daß eine vernunftgemäße Bewirtschaftung der Elektrizität nicht in Zwergländern, sondern nur in größeren Gebieten erfolgen kann.

Aus den bisherigen Schilderungen, die mit Hinweisen auf die besonders exportwichtige Schmuck- und Uhrenindustrie, die Industrie der Baustoffe, die Porzellan-, Steingut- und Glasindustrie noch vermehrt werden konnten, geht der innige Zusammenhang des südwestdeutschen Wirtschaftsraumes auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft und des Handels deutlich hervor.

Die Zucker-Erzeugung

Die Zuckererzeugung liegt ausschließlich im Nordteil Württemberg-Badens. Die Südzone hat so gut wie keinen Zuckerrüben-Anbau und keine Zuckerfabrik. Südwürttemberg-Baden ist also ganz auf Zuckereinfuhren angewiesen. Von Gesamtwürttemberg-Baden aus gesehen würde die Zuckererzeugung ausreichen (75 500 t Zucker, die 1947 an Bayern abgeführt werden mußten, sind mehr als der Jahresbedarf der südwürttembergischen Bevölkerung). Württemberg-Baden als Einheit würde überdies in Zucker-, Süßwaren, Kunsthonig usw. sein altes geschlossenes Absatzgebiet wiederfinden. Mit am nachteiligsten wirkt sich die Trennung für die Viehwirtschaft und Fleischversorgung aus. Die südlichen Landesteile, vor allem Südwürttemberg, waren sowohl das eigentliche Zuchtgebiet, als auch ein Ueberschußgebiet in Fleisch. Eine Zusammenlegung beider Landesteile würde Württemberg-Baden von bayerischen Zufuhren unabhängig machen und später vielleicht sogar wieder eine Fleischausfuhr ermöglichen. Vor allem könnte die wegen ihrer Betriebsgrößen zur Zucht nicht fähigen nordwürttemberg-badische Landwirtschaft ihre Viehbestände wie früher wieder laufend auffrischen. Südwürttemberg ist bekannt für seine Schlacht- und Zuchtviehmärkte. Die in der Bizone ansässige Fleischwarenindustrie hat in der Nordzone ein beachtliches Absatzgebiet für ihre Fertigwaren. Andererseits sind die Fabriken für Metzgereimaschinen und Metzgereibedarfsartikel in der Nordzone gelegen.

Der badische Tabakbau - Saatgut-Züchtung

Ein besonders wichtiger Wirtschaftszweig speziell des badischen Landesteiles ist seine über 200 Jahre alte Tabak-Wirtschaft. Bei ihr wirkt sich die Trennung zwischen Nord- und Südbaden ganz besonders störend aus. Das Land Baden hat seit über hundert Jahren die größte Tabakanbaufläche von allen Ländern Deutschlands, und zwar rund 58% der gesamten Fläche. Etwa 64% aller badischen Tabakverarbeitungsbetriebe liegen in Südbaden, während in Nordbaden 36% der Zigarren- und Rauchtabakfabriken ansässig sind. Der Rohtabakhandel befindet sich zu 88% seiner Gesamtkapazität in Nordbaden, während sich die restlichen 12%, auch lagermäßig gesehen, auf Südbaden verteilen. Vom Standpunkt des Tabak-Anbauers und der Erzeugung von Rohtabaken wird die Ländertrennung besonders schmerzlich und störend empfunden, weil durch diese Zerreißung des natürlich gewachsenen Tabakanbaugebietes in der Rheinebene von Freiburg bis Weinheim alle organischen Zusammenhänge zerstört sind.

Bei dem heutigen Engpaß der Zigarrenindustrie in der Versorgung mit Deck- und Umblatt bedeutet der Verlust der südbadischen Tabake für die württemberg-badische Zigarrenindustrie einen außerordentlich schwerwiegenden Ausfall. Die Weiterbeschäftigung von Tausenden von Zigarrenarbeitern in den Fabriken in Nordwürttemberg-Baden steht und fällt mit der Zufuhr südbadischer Um- und Deckblatt-Tabake, die von nirgendsher, sei es denn durch Einfuhr aus Uebersee, beschafft werden können. Andererseits benötigt die südbadische Zigarrenindustrie Zigarrenguttabake nordbadischer Herkunft, um daraus die notwendige Einlage zu Mischungszwecken zu bekommen. In früheren Jahren erreichte Baden eine Gesamt-Rohtabakernte bis zu 450 000 Zentner. Diese Produktion wäre auch heute durchaus möglich, wenn der Landesverband der badischen Tabakbauvereine wieder von Karlsruhe aus seine Organisationstätigkeit für das gesamte badische Anbaugebiet entfalten könnte.

Auch für die Züchtung von Saatgut und die gesamte Tierzucht wirkt sich die Ländertrennung sehr ungünstig aus. Die Düngerversorgung könnte wieder aus den Zement- und Kalkwerken Nordwürttemberg-Badens gespeist werden. Das landwirtschaftliche Schul- und Forschungswesen, die Ausbildung des Nachwuchses im Landwirtschafts- und Forstfach würden vereinfacht und heute in ihrem Bestande bedrohte landwirtschaftliche Institute gerettet werden können.

Die staatliche Forstverwaltung hat durch die in Nord und Süd verschiedene Gesetzgebung, Verwaltung und Ausbildung des Nachwuchses die gleichen schweren Sorgen, wie die anderen Zweige der Staatsverwaltung. Die Holzwirtschaft, insbesondere die Bearbeitung, Verarbeitung und der Handel mit Holz bildete in Württemberg-Baden von jeher einen wesentlichen Wirtschaftszweig, weil das Land durch den ausgiebigen Anfall von Nadel-Rundholz insbesondere im Schwarzwald über einen beträchtlichen Rohstoff-Reichtum verfügt. Die württembergischen Teile der Gebirgswaldungen haben mancherorts natürliches Gefälle gegen Baden. An diesen Stellen haben Werke auf badischem Boden Platz gefunden, die das Holz aus Württemberg verarbeiten. Früher wurde Nordwürttemberg-Baden zu einem großen Teil mit Nadelstammholz und Nadelschnittholz aus Südwürttemberg-Baden versorgt, insbesondere seine großen Städte und Industrien. Die zerstörten Städte des Landes liegen zum größeren Teil in der amerikanisch besetzten Zone. Ihr Wiederaufbau ist unmöglich, solange nicht das nötige Bauholz zur Verfügung steht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Verkehrswesen im Südweststaat

(Fortsetzung von Seite 3)

Württemberg-Baden stellt im Nord-Süd-Verkehr nicht nur auf dem Schienenweg, sondern auch auf dem Wasserweg und im Straßenverkehr ein hervorragendes Bindeglied dar, so daß eine Abschnürung zwischen den nördlichen und südlichen Landesteilen den natürlichen Verkehrsstrom nur hemmen kann. Die Zerschneidung der Nord-Süd-Linien schädigt das gesamte Land besonders nach Normalisierung des Verkehrs aus Nord- und Mitteldeutschland in Richtung Schweiz—Italien und stört den freien wirtschaftlichen Verkehr auf das empfindlichste, besonders, da der Fremdenverkehr Gesamt-Württemberg-Badens immer eine besondere Bedeutung gehabt hat. Die bevorzugtesten Mittelpunkte des Fremdenverkehrs mit den Bädern Baden-Baden und Badenweiler, die Kurorte, Erholungsheime des Schwarzwaldes, im Bodenseegebiet und im württembergischen Allgäu liegen in der französischen Zone. Vom Fremdenverkehr und seinen Einkünften haben beträchtliche Teile der südwürttembergisch-badischen Bevölkerung ihren Unterhalt bezogen. Infolge der Verkehrs-Zerschneidung ist der bedeutende Fremdenstrom zum Nachteil nicht nur der ansässigen Bevölkerung, sondern auch der Kranken und Erholungsuchenden z. T. versiegt.

Die große Verkehrsader des Rheinstromes ist für den Südwestdeutschen Staat von überragender Bedeutung. Die gesamte Versorgung, insbesondere der südliche Landesteil, mit Kohle ist unlösbar mit den Rheinhäfen Mannheim und Karlsruhe verbunden. Die unentbehrliche Lebensmittel-Einfuhr Gesamt-Südwestdeutschlands ist auf die Brotmühlen von Mannheim angewiesen. Andererseits wird bei gesundem Wirtschaftsaustausch das Holz des Schwarzwaldes über Karlsruhe und Mannheim rheinabwärts verfrachtet. Auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft liegen die Gründe für eine Vereinigung in der natürlichen Lage des Landes entlang dem Rheinstrome und in der über hundertjährigen Entwicklung der einheitlichen technischen Verwaltung dieses Gebietes. Die Bedeutung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe sowohl für das Wirtschaftsgebiet ganz Württemberg-Badens und darüber hinaus für den gesamten süddeutschen Wirtschaftsraum kann daher nicht genug unterstrichen werden. Das Wasserstraßen-Netz Rhein-Main-Neckar ist ein unteilbares Ganzes, das von den nordbadischen Häfen, voran dem Schiffahrts-Hauptpunkt Mannheim, getragen wird. Auch der Hafen Kehl ist für das südwestdeutsche Wirtschaftsgebiet von äußerst wichtiger Bedeutung. Er verdankt seine wirtschaftliche und verkehrspolitische Kraft nicht seiner Nachbarschaft zu Straßburg, sondern hat sie durch seine Aufgaben als Versorgungsgebiet für das rechtsrheinische Hinterland bekommen.

Die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen dem Norden und dem Süden des Landes findet auch in der Beteiligung der Landkreise der französisch besetzten Zone Südwürttembergs an der Neckar-AG. ihren Ausdruck. Das erste Bauziel dieser Gesellschaft, der Ausbau des Neckars für den Verkehr mit 1200-t-Schiffen bis Plochingen sollte ursprünglich schon 1949 durchgeführt sein. Plochingen war vor allem für den Verkehr des Fils- und oberen Neckartales mit den in der französischen Zone gelegenen bedeutenden Wirtschaftsplätzen Reutlingen, Ebingen, Rottweil, Schwenningen und Tuttlingen bestimmt.

Das Gebiet Württemberg-Baden stellt eben einen Wirtschaftskörper dar, der es an Kraft und Geschmeidigkeit mit den übrigen deutschen Wirtschaftsgebieten in jeder Hinsicht aufnehmen könnte. Im Rahmen des gesamten deutschen Arbeitsmarktes war der südwestdeutsche der stabilste und sicherste. Von diesem Gedanken ausgehend wurde 1927 in dem Landesarbeitsamt Südwestdeutschland ein lebensfähiges, wirtschaftlich starkes, in sich ausgeglichenes Wirtschaftsgebiet zusammengefaßt, das für den Arbeitsmarkt genügend Ausgleichsmöglichkeiten bot und für das Arbeitsmarktrisiko (Arbeitslosenversicherung) tragfähig war. Dieses Wirtschaftsgebiet, das die Länder Württemberg, Baden und den Regierungsbezirk Hohenzollern umfaßte, verschmolz im Laufe der Jahre so sehr zu einer wirtschaftlichen Einheit und bewährte sich so vorzüglich, daß die im Jahre 1943 aus parteipolitischer Interessenpolitik vorgenommene Aufspaltung in Gau-Arbeitsämter allgemein als Rückschritt empfunden wurde. Die Industrie des Nordens schöpfte ihren Bedarf an Arbeitskräften aus dem Arbeitskraft-Reservoir des ländlichen, wirtschaftlich-aufgelockerten Südens. Die Zonengrenze schnitt die zerstörte Stadt Ulm von ihrem Hinterland ab. Der Metallindustrie in Eßlingen und und Stuttgart gingen wichtige Einzugsgebiete verloren. In Pforzheim arbeiteten vor dem Kriege ca. 10 000 Pendel-Arbeiter aus dem jetzt französ. besetzten Bezirk Neuenbürg-Calw.

Der schon früher dichter besiedelte Norden ist nach der Besetzung infolge des Flüchtlingszustroms in kaum noch erträglichem Maße übervölkert worden. Nur zum Teil gelingt es, die Neubürger zweckmäßig in die einheimische Wirtschaft einzugliedern. Ein Ausgleich zwischen dem Norden und dem nicht so sehr an Wohnraummangel leidenden Süden ist notwendig und wäre ins Werk zu setzen, da die meisten Neubürger aus landwirtschaftlichen Gebieten stammen und der Süden mit einem empfindlichen Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu kämpfen hat.

Im Interesse des Arbeitsmarktes, einer gleichartigen Gestaltung der Lohn- und Tarifverträge und des einheitlichen Aufbaues der Arbeitsgerichtsbarkeit ist es daher gelegen, wieder wie früher ein einheitliches südwestdeutsches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, welches die Länder Württemberg, Baden und Hohenzollern umfaßt.

Bei einer Verschmelzung würden auch alle Träger der Sozialversicherung nur gewinnen. Das gilt insbesondere für die gleichmäßige Fortsetzung der Renten-Versicherungsbeiträge, die gleichmäßigen Bemessungen der Krankenzulage in den Heilstätten, die günstige Versorgung der in den südlichen Landesteilen gelegenen Heilstätten mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs.

Auch die Kriegsopfer haben einen nicht zu bestreitenden Anspruch auf gleichmäßige Abfindung oder Entschädigung auf einheitlicher Rechtsgrundlage. Nachdem in der US-Zone das KB-Leistungsgesetz in Kraft getreten ist, ist die Ungleichheit in der Abfindung der Kriegsopfer noch verstärkt worden. In Südwürttemberg muß immer noch nach den durch die in Stuttgart herausgegebenen Richtlinien mit ihren großen Mängeln verfahren werden.

Alles in allem läßt sich sagen, daß das Land Württemberg-Baden ein Beispiel dafür ist, wie sich auf gesunder Stammesgrundlage innerhalb historisch gewordener Staatsgrenzen zwischen Industrie und Landwirtschaft ein glücklicher Ausgang bilden konnte. Die Zerreißung des Landes in einen Teil vorwiegend mit Industriebetrieben und einen Teil vorwiegend mit Landwirtschaftsbetrieben mußte die unglücklichsten Folgen haben. Analog den Stuttgarter Ministerien und sonstigen obersten Landesbehörden aller Art mußten in Tübingen und Freiburg die entsprechenden Einrichtungen geschaffen werden. Alle diese Behörden verursachen heute erhebliche Aufwendungen, die als zusätzliche Ausgaben für so kleine Landesteile auf die Dauer untragbar sind. Dazu kommt, daß die Kriegsverluste an Menschen und Sachwerten den ehemaligen Wohlstand Württembergs und Badens aufgezehrt haben. Beide Länder müssen in ihren nördlichen und südlichen Teilen eine Einheit bilden. Ihre Bevölkerung hat sich aus der gleichen alemannisch-fränkischen Stammesgrundlage heraus entwickelt und trotz dynastischer Zersplitterung das Bewußtsein ihrer kulturellen, sozialen und politischen Zusammengehörigkeit nie verloren. Ein fortschrittlicher Geist liberaler und demokratischer Prägung geht durch die Geschichte sowohl Württembergs als auch Badens. Eine staatliche Zusammenfassung entspricht — das wird die kommende Volksabstimmung beweisen — dem Willen der überwiegend größten Mehrheit der Bevölkerung. Ein vereintes Württemberg-Baden aber wäre als Bundesstaat tragfähig und würde als demokratische Keimzelle beim politischen Wiederaufbau Deutschlands besondere Bedeutung haben.

Die ausgestreckte Hand

Politische Eindrücke einer Reise nach Konstanz — Die Vereinigung vom Süden aus gesehen

KONSTANZ. Die geplante Bildung des südwestdeutschen Staates beschäftigt auch im südlichsten der deutschen Länder alle wachen Gemüter. Die Wahl zu ihrer Vollendung zwingt die Menschen hier wohl erstmalig nach dem Zusammenbruch zu einem klaren innerpolitischen Bekenntnis, das Bedeutung haben wird, weit über das tägliche Geschehen hinaus. Mögen viele der bisherigen Länder- oder Kommunal-Wahlen einen Teil der Wähler in politischer Apathie abseits stehen gesehen haben — die Frage, die jetzt zur Debatte steht, rüttelt alle auf. Das ist der erste Eindruck, den wir hier an den heimatlichen Gestaden des Bodensees gewinnen, den uns der Seekreis, aber auch der Hegau, vermitteln. Hier wohnt ein aufgeweckter Menschenschlag, für den die letzten Jahre summa-summarum eine Strafe waren und der aus seinem Hang nach Aenderung der bestehenden Zwangsordnung deutschen- und besatzungsstaatlichen Gefüges keinerlei Hehl macht. Wenig fähige Legislative deutscher Diktion, verbunden mit ehr- und handelsfeindlichen Maßnahmen der aus eigenem Erlebnis leider rückschlagenden Besatzungsmacht, haben hier eine allgemeine Psychose der Ablehnung erzeugt, deren Wurzeln schon so tief sitzen, daß nur eine allgemeine strukturelle Änderung wie Balsam auf eiternde Wunden wirken kann.

Und eine solche strukturelle Änderung eben würde — Schritt für Schritt — durch den Zusammenschluß aller drei Landesteile gewährleistet. Man ahnt das hier und man sehnt sich danach. Man hofft auf schnellste Lösung des Status quo und fiebert danach, seiner Meinung an der Wahlurne endlich freien Ausdruck geben zu können. Mag sein, daß die Verhältnisse ein gerüttelt Maß dazu beitragen, die Stimmung des Volkes so eindeutig zu formen, 1,2 Millionen Menschen, in deren agrarisches Gebiet sich seit drei Jahren Zehntausende von westlichen Globetrottern ergießen, vor die Frage stellen: wollt Ihr in einem größeren Ganzen Schutz haben oder nicht, heißt, diese Frage von vornherein mit „Ja" zu beantworten. 1,2 Millionen Menschen befragen, ob sie in Zukunft Anteil haben wollen, an den Auswirkungen einer Zusammenfassung mit einem größeren, relativ reicheren Staatswesen, heißt ebenfalls, ihnen die Antwort in den Mund zu legen.

Soweit wir als ernsthafte Beobachter Gelegenheit hatten, danach zu forschen, stellen wir ein allgemeines Warten auf den Tag der Selbstbestimmung zur südwestdeutschen Einheit fest. Die jetzige kleinstaatliche Situation Südbadens führt — so hörten wir — binnen kurzem zu einem finanziellen Zusammenbruch. Das diesem kleinen Volke in den letzten Jahren auferlegte Joch war allzu schwer und so ist es verständlich, daß niemand bereit sein will, noch länger freiwillig daran zu schleppen. Die angebotene Gemeinschaft mit Millionen anderer Landesbrüder wirkt wie die ausgestreckte Hand eines stärkeren Freundes. Wer sollte wen daran hindern, hier kräftig einzuschlagen?

Wir fragten Bauern und Fischer, Handwerker und Arbeiter nach Wohleb's „Nein". Man versteht ihn nicht und sucht vergeblich nach den Motiven seines Tuns, wird teils gehässiger beurteilt, als wir hier schreiben wollen und lehnt ihn alles in allem kategorisch ab. Man kam mit subjektiven und objektiven Argumenten, aber es war keines darunter, das einer weiteren staatlichen Isolierung das Wort sprach.

Wir weilten auch im Kreise führender südbadischer Heimatbündler, extremer Föderalisten, die dennoch das Wohl des Landes vor eigensinniges Streben stellen und die Föderatio in Föderatione in größerem Rahmen verwirklicht sehen wollen, als in dem der 1,2 Millionen unter Wohleb's Regie. Man erzählte uns auch hier von der Unbeliebtheit des Außenseiters, von seiner Wandlung vom Kultreferenten des Jahres 1933 zum Gymnasial-Professor des Jahres 1944, von seinem Ausspruch: „Vor ein Klassenzimmer stell' ich mich nimmer!", von seinen geheimen Wünschen, ganz Baden als Ministerpräsident zu leiten. Sein Drang nach Karlsruhe schwirrte durch die Debatte. Wohleb's Pariser Reise spielte hinein und eine Warnung an das südbadische Volk, ihn nicht zu reizen, da er unter französischem Schutz stehe. Keine Stimme fanden wir für ihn.

Wie gering die zahlenmäßige Gefolgschaft der hinter Wohleb stehenden Isolationisten ist, beweist im übrigen eine Umfrage des in Allensbach am Bodensee arbeitenden Instituts für Demoskopie, das nach Art des Gallup-Instituts eine Meinungsbefragung der Bevölkerung nach dem Für und Wider des Anschlusses durchgeführt hat. Das Ergebnis: 54% der Befragten sind für eine Vereinigung von Gesamt-Württemberg-Baden, nur 7% für Beibehaltung des Status quo und nur 23% für ein separates Gesamt-Baden, der Rest enthielt sich der Stimme. Dieses Ergebnis wird wie ein Damokles-Schwert über den Agitatoren der Vereinsamung Südbadens hängen, wenn sie demnächst ihren Wahlkampf beginnen werden. Den Südbadenern aber, die sich den klaren Blick für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu einem größeren Land durch die romantischen Wunschträume ihres Staatspräsidenten nicht haben trüben lassen, wird es eine Stütze und ein wertvoller Fingerzeig beim kommenden Gang zur Wahlurne sein. -fz-

Der Entscheid über das „Kulturpfennig"-Gesetz

Eigenbericht unserer Stuttgarter Redaktion

STUTTGART, 5. April. Der württemberg-badische Staatsgerichtshof trat am Montag erstmalig zusammen, um über den Antrag der Regierung auf Entscheidung von Zweifelsfragen hinsichtlich des am 22. 12. 1948 von der Regierung unterzeichneten Gesetzes über die Erhebung von Abgaben zur Förderung kultureller Aufgaben (Kulturpfennig-Gesetz) zu entscheiden. Den Vorsitz führte Oberlandesgerichtspräsident Dr. Steidle. Regierung und Landtag waren nicht vertreten. Die Interessen des Württemberg-Badischen Zeitungsverleger-Vereins nahm der Herausgeber der „Stuttgarter Zeitung", Franz Karl Maier, wahr, die des Verbandes der Zeitschriftenverleger, Kurt Müller, und die des Verbandes der Buch- und Zeitschriftenhändler, Dr. Nolte.

Als Berichterstatter gab Prof. Walter Jellinek zunächst den Sachverhalt bekannt, demzufolge Gegenstand des Streites der Kulturpfennig ist, der nach Paragraph 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1948 von jeder im Lande erscheinenden Zeitung und Zeitschrift als ein Pfennig erhoben wird. Die Regierung hat die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen, um die Verfassungsrechtlichkeit des Gesetzes zu überprüfen. Nach Artikel 82 der Verfassung hat der Ministerpräsident die Pflicht, nur verfassungsmäßige Gesetze zu verkünden. Das vorliegende Gesetz aber ist nicht offenbar verfassungswidrig, dagegen nur in vier von der Regierung aufgestellten Fragen zweifelhaft. Professor Jellinek gab darüber hinaus bekannt, es sei die Frage nach der Gültigkeit des Gesetzes aufgeworfen, nachdem die Militärregierung die Länder ermächtigt habe, von sich aus neue Steuern zu erlassen. Der Staatsgerichtshof habe weiter zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, einzelne Bestimmungen des Gesetzes für verfassungswidrig zu erklären, ohne das Gesetz als ganzes ablehnen zu müssen.

Franz Karl Maier legte die Auffassung des Zeitungsverlegerverbandes dar und bat den Staatsgerichtshof, sämtliche vier von der Regierung zur Entscheidung vorgelegten Fragen zu bejahen und die ersten vier Abschnitte in vollem Umfang als verfassungswidrig zu erklären. Er begründete den Standpunkt der Verleger an Hand der Fragen der Staatsregierung. Die erste Frage der Regierung lautete: „Ist in Artikel 11 oder in anderen Bestimmungen der Verfassung ein Grundrecht der Pressefreiheit mit der Wirkung begründet, daß die Bestimmung des Paragraphen 1 des Reichspressegesetzes von 1874 oder das in Paragraph 30 Abschnitt 4 dieses Gesetzes ausgesprochene Verbot einer Sonderbesteuerung als Bestandteil der Verfassung zu betrachten sind?"

Franz Karl Maier betonte hierzu, die Erfahrungen aus der Weimarer Republik hätten in den Beratungen der verfassunggebenden Landesversammlung insofern ihren Niederschlag gefunden, als man bewußt der Gesetzgebung Schranken gezogen habe, indem man die Formulierung wählte, daß die Pressefreiheit im Rahmen der für alle geltenden Gesetze garantiert werde. Die Lage sei absolut eindeutig. Nach der Verfassung gebe es keine Möglichkeit mehr, etwa die Presse besonders zu beschränken. Eine weitere Bindung für den Gesetzgeber stelle im übrigen der Artikel 11 Absatz II der Verfassung dar, nach dem jedermann das Recht hat, sich über die Meinung anderer frei zu unterrichten. Das Reichspressegesetz von 1874 sei in unserem Lande noch in Kraft und es sei nicht zulässig, wenn außerhalb dieses Gesetzes irgendwelche Maßnahmen getroffen werden, die eine Beschränkung der Pressefreiheit darstellten. Paragraph 30 Abschnitt 4 dieses Gesetzes verbiete den Ländern ausdrücklich die Erhebung einer Sonderzeitungssteuer. Die erzwungene Abführung des Kulturpfennigs, der nicht abgeschrieben werden darf, würde verschiedene Verlage in den Ruin treiben.

Die zweite Frage der Regierung an den Staatsgerichtshof lautete: „Ist der Grundsatz in Artikel II der Verfassung, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und daß bei gesetzlichen Einschränkungen dieser Freiheit allen gleiche Rechte zu gewährleisten sind, dahin auszulegen, daß in einem Steuergesetz die Heranziehung einzelner Berufs- oder Gewerbezweige zu einer öffentlichen Abgabe oder die Freilassung bestimmter Gruppen solcher Berufszweige von der Abgabe verfassungswidrig sind?"

Auch diese Frage bejahte Franz Karl Maier. Der Gesetzgeber dürfe nur Gesetze erlassen, die für alle gleichmäßig gelten. Die Heranziehung einzelner Gewerbezweige bedeute stets eine Sonderbesteuerung, die schon immer als staatsrechtlich zweifelhaft und anrüchig gegolten hätte. Man könne bestimmte Waren, Vermögen, Einkommen usw. verschieden besteuern, aber nicht eine einzelne Personengruppe mit einer Schuldverpflichtung belegen, die andere nicht träfen. Der Referent verwies dabei besonders auf Artikel II Absatz 3 der Verfassung.

Die dritte Frage der Regierung lautete: „Ist aus Artikel 99 der Verfassung zu folgern, daß neue Steuern oder Abgaben durch Gesetz nur eingeführt werden können, wenn ihr Aufkommen spätestens gleichzeitig in einem vom Landtag verabschiedeten Staatshaushaltsplan als Einnahme eingestellt wird?"

Diese Frage bejahte Franz Karl Maier mit dem Hinweis darauf, daß, wenn während eines Rechnungsjahres neue Verpflichtungen auftauchen, diese durch einen Nachtragsplan in den Staatshaushalt eingetragen werden müßten, falls sie durch die Schaffung einer neuen Sondersteuer gedeckt werden sollten. Die Verfassung wolle Vorkehrungen gegen Mißwirtschaft und Finanzdiktatur treffen. Gerade in Steuerangelegenheiten sei es notwendig, daß der Staat gegenüber seinen Bürgern scharf abgegrenzt werde. Wenn der Landtag gezwungen worden sei, die Sonderabgabe in den Haushaltplan einzubauen, wäre die Frage aufgetaucht, ob die Steuereinnahmen tatsächlich so schlecht gewesen seien, wie es damals dargestellt wurde. Es habe sich aber gezeigt, daß die damalige Darstellung nicht stimmte, und daß die Einnahmen ungeheuer zugenommen hätten. Die Entwicklung habe sich rapide gebessert und die Einnahmen würden für alle möglichen Zwecke zurückgestellt. Die Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptung seien in dem Zeugnis des neuen Finanzministers Dr. Kaufmann zu finden. Auf keinen Fall sei es dem Parlament gestattet, sich neue Einnahmen oder Ausgaben ohne Nachtragshaushalt zu beschaffen.

Die letzte Frage der Regierung lautete: „Widerspricht es dem Artikel 48 Abschnitt 2 der Verfassung, wenn einem Ausschuß, der über die Verteilung von Steuermitteln entscheidet, auch Mitglieder des Landtages angehören?"

Hierzu sagte Franz Karl Maier: Einem alten Brauch entsprechend seien vier Landtagsmitglieder in den Verteilerausschuß aufgenommen worden. Da die Verfassung selbst im Artikel 48 Abschnitt 2 ausdrücklich den Grundsatz der Gewaltentrennung aufgestellt habe, liege auch hier eine Verfassungswidrigkeit vor. Der immune Parlamentarier dürfe sich an keinem Akt beteiligen, der verwaltende Tätigkeit umfasse.

Im übrigen sei auch der Artikel 10 der Verfassung, der allen Menschen Gewissens- und Glaubensfreiheit garantiert, durch die Ausnahmebestimmungen des Paragraphen 3 des Kulturpfennig-Gesetzes verletzt worden. Hier sei eine objektive Benachteiligung der nicht anerkannten religiösen, politischen und demokratischen Gemeinschaften niedergelegt worden. Da hier vor allem die Zeitungen und Zeitschriften benachteiligt würden, werde deutlich, daß das Gesetz sich in erster Linie gegen die unabhängigen Tageszeitungen richte.

Zur Unterstützung seiner Feststellung, daß das Reichspressegesetz von 1874 noch Gültigkeit habe, verwies Franz Karl Maier auf Artikel 43 der Verfassung, in dem Württemberg-Baden sich als ein Glied der deutschen Republik bezeichnet und sich damit zu dem Gesetz „Reichsrecht bricht Landesrecht" bekennt. Mit der den Länderregierungen durch die Militärregierung zugestandenen Möglichkeit der Beschaffung von Geldern durch neue Steuererhebungen sei auf keinen Fall die Berechtigung verbunden, neue Steuergesetze unter Außerachtlassung bestehender Gesetze oder Verfassungen zu erlassen.

Zusammenfassend sagte Franz Karl Maier, die Verleger vertreten die Meinung, daß nach Artikel 11 der Verfassung eine Sondersteuer grundsätzlich verboten ist. Wenn seine Darlegungen richtig seien, sei nicht nur der Kulturpfennig, sondern auch der Kulturgroschen verfassungswidrig und damit das ganze Gesetz mit Ausnahme der Schlußbestimmungen. Es sei bedauerlich, daß der Landtag nach Erkenntnis der Sachlage nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen habe; jedoch seien die Vorteile, die die Demokratie aus diesem Verfahren ziehen könne, wesentlich höher anzuschlagen als die in diesem Zusammenhang vom Landtag gemachten Fehler.

Kurt Müller schloß sich für den Zeitschriftenverleger-Verband den Ausführungen Maiers an und sagte darüber hinaus, das Gesetz stelle für die Zeitschriftenverleger eine unannehmbare Sonderbesteuerung dar, da mehr als 80 Prozent aller Zeitschriften außerhalb der Grenzen des Landes verkauft würden. Dr. Nolte unterstrich die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung des Gesetzes für die Buch- und Zeitschriftenhändler, die das Inkasso nicht durchführen könnten, ohne einen alle Finanzbeträge des Kulturpfennigs weit übersteigenden Kontrollapparat aufbauen zu müssen.

Als Professor Jellinek auf ein Schweizer Urteil des Jahres 1861 hinwies, in dem der Einspruch gegen den Zeitungsstempel mit der Begründung zurückgewiesen worden war, es handle sich nicht um einen empfindlichen wirtschaftlichen Druck, antwortete Franz Karl Maier: Es sei nicht möglich, in der Frage der Meinungsfreiheit mit Zweckmäßigkeitserwägungen zu argumentieren. Daß es sich im übrigen letzten Endes um einen Angriff auf die Pressefreiheit handele, gehe daraus hervor, daß der Ertrag des Kulturpfennigs lediglich den Bruchteil eines Prozentes des Staatshaushaltes ausmache. Daß es sich nicht um eine geringfügige, sondern eine abwürgende staatliche Maßnahme handele, liege auf der Hand. Der zu zahlende Betrag, der nicht von der Steuer abgeschrieben werden könne, mache zum Beispiel für die Stuttgarter Zeitung im Jahr rund 125 000 DM aus. Er erkläre offen, daß die Zeitung einen solchen Betrag nicht aufbringen könne, da sie 96,8 Prozent ihrer Einnahmen als Steuer abführen müsse.

Kurt Müller sagte, das Wort „Pfennig" sei irreführend. Für eine Zeitschrift mit 70 000 Auflage würde die Besteuerung die nicht tragbare Belastung von 36 000 DM ergeben.

Auf die Frage Prof. Jellineks, ob es sich nicht eher um einen Beitrag einer Notgemeinschaft als um eine Sondersteuer handele, antwortete Franz Karl Maier mit einem klaren Nein. Die Zeitungen seien in der Lage, etwas zu tun, aber nur, wenn eine steuerliche Abzugsmöglichkeit gegeben sei. Man habe aber keine Freiwilligkeit gelten lassen, sondern diktieren und „es uns zeigen wollen". Die Frage eines Beitrags könne stets erörtert werden. Hier aber handele es sich um eine Steuer mit ganz besonders scharfer Note. Abschließend sagte Maier, die Demokratie könne nur fortbestehen, wo die Grundrechte unantastbar seien. In der württemberg-badischen Verfassung würden der Gesetzgebung Schranken gesetzt, die sie nur unter ganz engen Voraussetzungen überschreiten könne. Es komme nun darauf an, daß der Staatsgerichtshof den Bürgern klar mache, welche Garantien sie in ihrer eigenen Verfassung fänden. —fz.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wo bleibt das gute Beispiel?

Man schimpfe nicht immer über unsere Straßenbahnschaffner. Niemand wird bestreiten wollen, daß die meisten von ihnen den Fahrgästen freundlich, zuvorkommend und hilfsbereit begegnen. Und wenn wir das selbst noch nicht gemerkt haben sollten, dann müssen wir uns von jenem norddeutschen Besucher unserer Stadt belehren lassen, der auf die Frage, was ihm in Karlsruhe besonders angenehm aufgefallen sei, antwortete, er habe in keiner anderen Stadt so entgegenkommende Straßenbahnschaffner angetroffen wie in Karlsruhe.

Nur in einem einzigen Punkt gehen wir bei diesem Urteil mit unserem norddeutschen Freund nicht ganz einig. Haben Sie schon einmal versucht um die Mittagszeit, wenn viele Berufstätige mit der Straßenbahn zum Essen fahren und die abgelösten Straßenbahnschaffner ebenfalls ihrer Behausung zustreben, die Phalanx der Männer mit dem Flügelrad auf der Mütze zu durchbrechen, die sich um diese Zeit vor dem vorderen Eingang zum Anhängerwagen aufgebaut hat? Versuchen Sie es, und Sie werden bestätigen können, daß es dazu der Aufbietung aller zur Verfügung stehenden physischen Kräfte bedarf. Selbst dann, wenn im Wagen noch Stehplätze genug vorhanden sind. Die gleichen Schaffner, die — solange ihr Fahrscheinkasten vor der Brust andeutet, daß sie im Dienst sind — in heillose Aufregung geraten können, wenn sich die Massen vor den Eingängen stauen, versperren um diese Zeit — allerdings außer Dienst — zu dichten Klumpen geballt den Zugang zum Wagen. Jawohl, es gibt eine Vorschrift, die verlangt, daß sich Schaffner außer Dienst nur auf dem Vorderperron des jeweiligen Wagens aufhalten dürfen. Ob in dieser Vorschrift auch gefordert wird, daß sie die Plattform unter keinen Umständen auch nur vorübergehend, um den Durchgang freizumachen, zum Wageninneren hin verlassen, scheint immerhin zweifelhaft. Sollte dies jedoch der Fall sein, dann würden wir uns besonders darüber freuen, wenn sich unsere Straßenbahnschaffner in diesem einen einzigen Punkt ausnahmsweise weniger an die Vorschrift, als an die Vernunft halten und damit ihrem hohen Ansehen bei Fremden und Einheimischen auch in dieser Hinsicht Ehre machen würden. -d-

Noch kein Schuldbeweis für Gustav Dehm

Belastungszeugin für schwachsinnig erklärt — Bringt der heutige Lokaltermin die Entscheidung?

Der zweite Verhandlungstag im Jöhlinger Mordprozeß war gekennzeichnet durch die Vernehmung von nicht weniger als 28 Zeugen, meist Bewohnern des Dorfes Jöhlingen. Noch ist es — dies ist der Eindruck des Berichterstatters — nicht gelungen, einen entscheidenden Schuldbeweis zu erbringen. Freilich ergaben sich, vor allem in den späten Abendstunden des gestrigen Tages, durch einige Aussagen neue Verdachtsmomente. Dagegen entfiel eine wichtige Belastung, als der Sachverständige die betreffende Zeugin kurz nach 20 Uhr für schwachsinnig erklärte.

Vor dem Schwurgerichtssaal in der Stefanienstraße herrscht am zweiten Verhandlungstag ein noch größerer Andrang als am Tag zuvor. Nur mit Mühe gelingt es den Polizisten, der ohne Karten Einlaß begehrenden Menge Herr zu werden. Das Bild im Saal ist unverändert, wenn man davon absehen will, daß vor Beginn der Vernehmungen der geladenen Jöhlinger Zeugen die drei vor dem Richtertisch niedergelegten Gehirnschalen der Ermordeten mit einem Tuch verdeckt werden.

Kein Raub- oder Sexualmord

Am Beginn der Vormittagssitzung steht der Obduktionsbefund Dr. Klenks vom Städtischen Krankenhaus Karlsruhe, der die Leichen untersucht und seziert hat. Daraus geht hervor, daß die Witwe Dehm und ihre beiden Kinder jeweils durch zahlreiche Schläge mit einem schweren, stumpfen Gegenstand am Rande liegende Tatsachen stand ermordet wurden. Spuren, die auf einen bestimmten Täter schließen lassen, wurden nicht entdeckt. Das Gericht entschließt sich dann, Dehms Arbeitsanzug, in dem schon Blutflecken festgestellt waren, durch Sachverständige noch einmal auf andere Blutspuren untersuchen zu lassen.

Die Vernehmung eines Landespolizisten und der Beamten der Kriminalpolizei ergibt im Grunde nichts Neues. Allerdings wird übereinstimmend ausgesagt, ein Raub- oder Sexualmord könne auf Grund der Untersuchungen nicht angenommen werden. Wichtig erscheint außerdem die Feststellung der Mordkommission, daß am Tatort ringsum schräg nach oben gehende Blutspritzer festzustellen waren. Möglicherweise hängt damit die nochmalige Untersuchung des Anzugs von Dehm zusammen.

Aus der dann beginnenden Vernehmung von über 20 Jöhlinger Einwohnern wird deutlich, wie sehr das Gericht bemüht ist, Stein um Stein wie zu einem großen Mosaik zusammenzutragen. Selbst sehr unwesentliche, werden bis in die Einzelheiten durchgesprochen. Man erkennt daraus aber auch, wie schwer es dem Gericht ist, die Täterschaft Dehms zu beweisen, angesichts dessen fortwährenden Abstreitens jeglicher Schuld.

Verdachtsmomente

Der kleine Günther Fabry, einer der ersten Zeugen, war es, der die Untat im Hause Dehm entdeckte. Landgerichtsrat Dr. Ernst nimmt ihn freundschaftlich an seine Seite und läßt ihn die Dinge an Hand des Modells noch einmal schildern. Erst die Vernehmung der Frau Bohmüller, der Schwester der Ermordeten, läßt jedoch darauf schließen, daß es den Angeklagten schon oft gereut hat, das ihm früher gehörende

Günther Fabry schildert seine grausige Entdeckung: vorn das Modell des Mordhauses

elterliche Haus abgetreten zu haben. Aehnliche Verdachtsmomente, aus denen man das Motiv des dreifachen Mordes herleiten könnte, ergeben sich auch aus den Aussagen Franz Bohmüllers, Karl Kulds und der Zeugen Albert Spitz und Josef Schuster. Danach habe der Angeklagte schon einen Tag nach dem Mord erklärt, er sei alleiniger Erbe und man müsse die im Mordhause vorhandenen Lebensmittel teilen. Auf der anderen Seite war Dehm nach Aeußerungen gegenüber mehreren Personen bestrebt, die Leichen so schnell als möglich zu bestatten (er bestellte selbständig schon am Morgen nach der Tat die Särge) und die Blutspuren in Küche und Stall beseitigen zu lassen.

„Kein anderer hat den Mord begangen"

Zwischendurch wird wiederholt der Name des Stiefbruders des Angeklagten, Wilhelm Fischers, erwähnt, eines Epileptikers, dessen Anzug gleichfalls Blutspuren gezeigt hatte und der verhaftet gewesen war. Weder die unmittelbaren Verwandten noch die anderen Zeugen — unter ihnen die beiden katholischen Seelsorger Jöhlingens — können Dehm jedoch aus seiner Vergangenheit irgend etwas Nachteiliges vorwerfen. Ja, zwei Zeugen bestätigen, der ermordete Neffe Dehms habe sich über seinen Onkel nur lobend geäußert. In den ersten beiden Tagen nach dem Mord wollen Bohmüller und andere Zeugen jedoch beobachtet haben, daß der Angeklagte zerstreut war und von der Mordtat, wenn man darauf zu sprechen kam, ablenkte. Leidenschaftlich und wiederholt äußert Bohmüller vor Gericht, für ihn stehe fest, daß kein anderer den Mord begangen hat als Dehm.

Geheimnisvolle Pfiffe

Bei der Durchleuchtung der Vorgänge um die vermutliche Mordzeit wird von Oskar Konstantin, dem Bruder des Schneidermeisters, bei dem der ermordete 16jährige Herbert Dehm in der Lehre war, ein mysteriöser Vorgang geschildert. Kurz bevor Herbert, zwischen 19.15 und 19.30 Uhr, seinen Arbeitsplatz verließ, wurde ihm von draußen gepfiffen. Dies geschah dreimal, ohne daß Herbert, der ans Fenster gegangen war und nach dem Unbekannten rief, Antwort erhalten hätte. Er ging dann auf die Straße, sprach dort mit jemand, kehrte zurück und verabschiedete sich kurz darauf. Wer dieser Unbekannte gewesen war, weiß heute niemand. Eine Viertelstunde später wurde Herbert ermordet.

Belastungszeugin schwachsinnig

Es ist schon fast 20 Uhr, als eine 39jährige Einwohnerin aus Jöhlingen, die den Angeklagten in der Voruntersuchung schwer belastet hatte, vor den Zeugenstand tritt. Dehm, der ihr wiederholt Heiratsanträge gemacht hatte, habe ihr geraten, ihrer Mutter in Pfannkuchen gebackene Meerzwiebeln vorzusetzen und sie auf diese Weise zu beseitigen. Bei der Gegenüberstellung erklärt der Angeklagte, er habe damit Ratten töten wollen. Die Zeugin bejaht nun alles, was man sie fragt, ob die Fragen vom Vorsitzenden, vom Staatsanwalt oder von der Verteidigung kommen. Ihre Aussagen sind nicht mehr zu entwirren und der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Ehretmann, Anstaltsoberarzt in Wiesloch, (dort ist die Zeugin seit acht Tagen zur Beobachtung) erklärt Frau Abele für

Gustav Dehm auf der Anklagebank

Fotos: Erich Beuer

schwachsinnig und ihre Aussagen für unbrauchbar. Damit entfällt ein gewichtiger Punkt der Anklage. Dehm atmet lächelnd auf, wie er überhaupt über den Verlauf dieses Verhandlungstages sichtlich befriedigt erscheint.

Ob der heute in Jöhlingen stattfindende Lokaltermin neue Gesichtspunkte bringen und die noch immer völlig offene Schuldfrage klären wird, muß abgewartet werden. W.

Ein frischer Wind weht durch das Haar

Fachbeirat der Friseurinnung führte moderne Frisuren vor

Winde sind immer ein Zeichen des Frühjahrs oder der Herbstes. Wie Modeschauen. Manchmal werden sie zu Stürmen. Für die Leidtragenden, die Ehemänner. Der Fachbeirat der Friseurinnung war klug genug, dem etwas vorzubeugen. Neben der Vorführung der modischen Frisur der Dame ließ er es sich angelegen sein, auch das Herrenfach zu Wort kommen zu lassen. Die glatte — womöglich noch wassergeglättete — Linie auf den Häupten unserer Schöpfungskronen soll also in Zukunft eine wesentliche Lockerung erfahren. Die weiche, gefällige Note wird auch hier betont werden.

Über die modische Frisur der Frau wurde an anderer Stelle schon einiges berichtet. Es wird unserer Leserin darum kaum etwas Neues sein, wenn wir erzählen, daß das kurz geschnittene, hübsch gewellte Köpfchen wieder im Vordergrund der Mode steht. Es wurde im Verlauf der Vorführung übrigens ganz richtig betont, daß in den letzten Jahren gerade die Haarmode sehr vernachlässigt wurde. Richtig ist, daß mit dem Wandel, den die Mode auf dem Sektor der Bekleidung erfuhr, auch eine neue und zwar dem Genre dieses Modezweiges angepaßte Linie des Haares notwendig geworden ist. Und richtig ist auch, unserer Meinung nach, daß die kurz gehaltene Form sehr viel reizvoller und charmanter sein kann (nebenbei auch praktischer und ästhetischer) als es die Form der jüngsten, langmähnigen Vergangenheit war. Ausschlaggebend ist selbstverständlich in jedem Fall eine gute fachmännische Pflege. Sie, glauben wir, können wir getrost unseren Karlsruher Friseuren überlassen, die in dieser Veranstaltung einmal mehr bewiesen, daß sie in modischen Dingen voll auf der Höhe sind.

Nach der Vorführung des Damen- und Herrenfachs sprach der 1. Vorsitzende des Werbefachverbandes von Württemberg-Baden, Herr Dr. Kussin, über Werbung nach neuesten Gesichtspunkten. Der Abend, der sich eines regen Interesses, eines großen Zuhörer- und Zuschauerkreises und etlicher Wärmegrade erfreute, wurde durch Lieder zur Laute bereichert, die Frau Kunst in sehr feiner Weise vortrug. iwe.

zwei Tote durch Verkehrsunfall

In den Nachtstunden fuhr auf der Durmersheimer Landstraße zwischen Forchheim und Grünwinkel ein Personenkraftwagen in voller Fahrt auf den Anhänger eines wegen Motorschadens abgestellten Lastzuges auf. Hierbei wurden zwei Insassen des Personen-Kraftwagens tödlich verletzt, während zwei andere leichtere Verletzungen erlitten. pb.

Wieder ein Waldbrand

Östlich von Rüppurr entstand am Montagabend ein Waldbrand, der bei starkem Wind schnell um sich griff und auf einer Fläche von etwa 1 ha beträchtlichen Schaden in Nußbaumbeständen verursachte. Nach etwa einstündiger Arbeit hatte die Feuerwehr den Brand gelöscht. pb.

Der Straßenbahnverkehr stockte

Die gestern Nachmittag vorübergehend eingetretene Störung im Straßenbahnverkehr hatte ihre Ursache in einem 25 Minuten dauernden Stromausfall auf sämtlichen Strecken. Nach Beseitigung der Störung waren die Straßenbahnwagen längere Zeit überfüllt. 9

In der Pädagogischen Arbeitsstelle, Karlstraße11, spricht am Freitag, den 8. April, 18.00 Uhr, der Direktor der staatlichen Kunsthalle Dr. K. Martin über „Eindrücke aus Amerika".

In der Sendereihe „Das Podium" spricht über Studio Karlsruhe am 7. April, 16.50 bis 17.05 Uhr, Landesdirektor G. Zimmermann über das Thema „Jugend hinter Gittern". Am 21. April wird um die gleiche Zeit im Rahmen der gleichen Sendereihe Pfarrer Kappes über „Die heilige Woche in Palästina" sprechen.

Die SAZ gratuliert! Die Neubürgerin Katharina Schinko, Durlach-Aue, Westmarkstraße 6, kann heute ihren 86. Geburtstag begehen.

18 Heimkehrer sind heute zu erwarten

(Eigenbericht aus Ulm)

In Ulm trafen gestern nachmittag erneut 200 Heimkehrer, die in Württemberg-Baden ansässig sind, ein. Sie kamen aus den Lagern bei Molotow, Mitau, Wladimir, Tscherepowez, Stalino, Kuybischew. Die Lagernummern waren 7207, 7234, 7242, 7932, 7531 u. 7190. Die neuen Heimkehrer:

Stadt Karlsruhe:

Bernhard Allgeier, Schützenstr. 30 (geb. 1908); Felix Eberhard, Welfenstr. 17 (1910); Norbert Gorczok, Lachnerstr. 3 (1925); Herbert Kaiser, Wörthstr. 5 (1921); Franz Kozyra, Pfauenstr. 34 (1915); Erwin Müller, Weinstr. 17 (1912); Franz Sauter, Breitestr. 72 (1920); Bernhard Schmitt, Gebhardstr. 51 (1907); Ernst Seüler, Schillerstr. 16 (1917); Friedrich Steinbrunn, Durlacher Str. 63 (1913); Karl Storzinger, Haselweg 18 (1919).

Landkreis Karlsruhe:

Walter Würtz, Bretten (geb. 1926); Franz Rakers, Buchen (1903); Anton Rabold, Burbach (1901); Wilhelm Hüber, Mörsch (1910); Emil Herminger, Neureut (1911); Helmut Müller, Neureut (1924); Richard Häfele, Wössingen (1914).

IM STAATSTHEATER ...

... geht heute im Großen Haus um 14.30 Uhr Goethes „Iphigenie auf Tauris" in Szene, um 19.30 Uhr gastiert Werner Finck mit seinem Kabarett „Die Mausefalle" in Priestleys „Seit Adam und Eva". — Morgen, Donnerstag, wird im Großen Haus um 19.30 Uhr die dramatische Historie „Tödlicher Karneval" von Frank Thieß wiederholt.

*

Musikalisches Konservatorium. Am Mittwoch, 6. April, 19.30 Uhr, findet im Mozartsaal ein Uebungsabend der Akkordeon-, Handharmonika-, Zither- und Gitarren-Klassen sowie des Spielringes des Konservatoriums statt.

AUS DEN KARLSRUHER KONZERTSÄLEN

Philharmonische Gesellschaft und Männerchor „Sängerlust" brachten in einem Konzert, das unter anderem auch Schuberts und Mozarts gedachte, das „Lied von der Glocke" in der Vertonung von Andreas Romberg zur Aufführung. Es ist dies eines der wenigen Werke Rombergs, die sich von der Vielzahl seiner Schöpfungen bis auf unsere Tage erhalten und heute noch, kraft ihres melodischen Reichtums, der Fülle dankbarster Effekte, nichts an Wirkungskraft verloren haben. Mozarts Einfluß scheint unverkennbar. Ebenso der Zug einer gewissen Herbheit, die der Norddeutsche Romberg in keiner Phase ganz zu verleugnen vermag. Die Instrumentierung besticht durch illustrative Details, durch eine Reihe glücklich verarbeiteter Einfälle und durch reizvolle Einbeziehung der Solis in den Gesamtpart. Die Aufführung selbst hielt sich durchweg auf achtbarem Niveau. Besonders der gemischte Chor konnte, bis auf einige Unkorrektheiten im Einsatz, überzeugen. Auch die Solisten, Anny Staub, Sopran; Gertrud Burster, Alt; Fritz Brauch, Tenor, und Karl Müller, Baß, brachten alle Voraussetzungen für ein gutes Gelingen mit auf die Bühne. Das Orchester wirkte teilweise eine Idee zu schwer. Bässe und Violinen dürften sich bisweilen einer präziseren Intonation befleißigen. Sehr positiv sprach die Leistung der Holzbläser an. Ansonsten gilt zu sagen, daß das Ensemble den Intentionen seines Dirigenten, K. H. Schilling, willig und aufmerksam folgte und so immerhin einen starken Eindruck von der Rombergschen Vertonung vermitteln konnte. Schuberts vorausgegangene Sonate 137,3 litt unter der Dichte und Massigkeit des Orchesters. Man wird hier noch einige Zeit auf die Herausarbeitung eines schönen piano verwenden müssen. —ck.

Im Rahmen einer sonntäglichen Mattinee in der Kurbel stellte sich die Alo-Musikalschau dem Karlsruher Publikum vor. Das Musikalische — Interpretationen amerikanischer Rhythmen — fand ebenso mitreißenden Ausdruck wie die Heiterkeit einiger turbulenter Wortszenen, die der Vielseitigkeit der Mitwirkenden ein vortreffliches Zeugnis ausstellten. Originalität und ein Können, das sich gleichwohl im Ensemblewirken wie im Solistischen ganz ausgezeichnet bewährte, gab der Veranstaltung ihr Gepräge. Ilse Walter, Inge Epp und das Alo-Quintett kamen mit bekannten und weniger bekannten songs, darunter „In the mood", „Blue skys", „Dark eyes" usw., größtenteils in der Bearbeitung von Alo, zum Vortrag. Es gab viel Lärm (kein Wunder bei diesem Trompetenaufgebot), viel Beifall und ein großes, gut gelauntes Publikum. —ck.

„GEHEIMNIS DER HL. MESSE"

Jede Religion besitzt ihre Dogmen, die tief in ihre Geschichte zurückgreifen. Nicht alle sind ohne weiteres erklärlich, sondern teilen sich dem Gläubigen nur langsam und erkenntnishaft mit. Wichtig ist nur, daß der religiös denkende Mensch in die grundsätzlichen Gebräuche seiner Kirche einzudringen versucht. Was zum Beispiel die heilige Messe will, und was sie bedeutet, darüber sollte jeder Katholik einwandfrei Auskunft geben können, denn in der Messe empfängt er je die Kraft und die Stärke, die er sucht. Und doch sind es nur sehr wenige, die jede einzelne Phase der Meßordnung genau zu beschreiben vermögen. Deswegen wohl auch hat es Calderon, der große spanische Dichter, unternommen, ein Mysterienspiel zu schreiben, in dem so manche Unklarheit ihre Beantwortung findet. Dieses szenische Spiel gelangte am vergangenen Samstag in der Franziskuskirche durch die Gemeinschaft darstellender Künstler unter der Leitung von Toni Weidner zur Aufführung. Calderon stellt darin selbst die Fragen, die jeden Katholiken angehen, um diese dann jeweils nachfolgend durch den Handlungsverlauf deuten zu lassen. Ein solches Stück aufzuführen, stellt immer ein Wagnis dar, da darin Personen zur Darstellung gelangen, die zu groß und zu erhaben sind, als daß man sie ohne weiteres auf der Bühne einsetzen könnte. Um so mehr bleibt es Toni Weidner zu danken, hier behutsam vorgegangen zu sein und das Mysterienspiel nicht mit einem zu süßlichen Gloriolenschein umhangen zu haben. -ö-

KARLSRUHER FILM-VORSCHAU

Die „Schauburg" zeigt ab kommenden Freitag den amerikanischen Spitzenfilm „Arzt und Dämon" mit Spencer Tracy, Ingrid Bergman, Lana Turner in den Hauptrollen und Victor Fleming als Regisseur.

Die „Kurbel" bringt ab Freitag das Film-Lustspiel „Morgen ist alles besser" mit Ellen Schwannecke, Rudolf Prack, Grethe Weiser, Paul Klinger, Fita Benkhoff, Fritz Kampers, Jakob Tiedtke u. a. — Am Sonntagvormittag sind zwei Märchenvorstellungen mit „Hänsel und Gretel", „Die verlorene Königskrone" und „Purzel, der Zweig"; dieses Programm läuft auch von Montag bis Donnerstag kommender Woche jeweils um 11 Uhr vormittags.

Im „Gloria-Palast" läuft ein französischer Streifen mit dem Titel „Der unbekannte Sänger" an; Hauptdarsteller sind Tino Rossi und Lilia Vetti, Regie führte Andre Cayatte.

Die „Palast-Lichtspiele" verlängern ihr gegenwärtiges Programm, „Die letzte Nacht", bis einschließlich Sonntag. Ab Montag läuft als Reprise das deutsche Film-Lustspiel „Sag' die Wahrheit" mit Gustav Fröhlich in der Hauptrolle.

AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM

Mittwoch, 6. April

Stuttgart: 14.00 Schulfunk: Formen der Musik; 14.30 IRO-Suchdienst; 15.50 Börsenkurse; 16.30 Kinderfunk; 17.00 Blick in d. Welt; 17.15 Moderne franz. Musik: Histoires pour piano v. J. Ibert, 3 Lieder f. Sopran v. H. Duparc, trois mouvements perpetuels f. Klav. v. Fr. Poulenc; 18.00 Zeit u. Leben; 18.20 Sport; 18.35 Chorkonz.; 19.30 Zur Innenpolitik d. Woche; 20.00 „Man sollte dagegen sein", Erzählung v. W. D. Schnurre; 20.40 Eine Stunde bei Th. Mackeben; 22.00 Lieder v. H. Kann. — **Studio Karlsruhe:** 7.00 Ev. Morgenandacht; 13.00 Echo aus Baden; 22.30 Tanzmusik (Orch. Jo K. Weber u. E. Steinbacher, W. Christ-Quintett u. K. Korten-Trio); 23.30 „Kunstäleichungen", Hörfolge v. Prof. Dr. Th. Würtenberger.

Donnerstag, 7. April

Stuttgart: 12.00 Landfunk; 14.00 Schulfunk: Singt mit; 14.30 Wirtschaftsfragen; 14.45 Engl. Sprachkurs; 15.00 Fr. Smetana: Konz. f. Cello u. Orch. a. d. Arpeggione-Sonate a-moll (Schubert-Cassado), „Aus meinem Leben", Bearbeitung d. Streichquartetts 1. u. 2. Satz v. E. Ormandy); 15.45 Das Steckenpferd: „Exotika und völkerkundl. Sammlungen"; 17.05 Rondo in C-dur v. Ph. Bach, Sonate in D-dur f. Violine u. Klav. v. J. Chr. Bach, Sonate in e-moll f. Violine u. Klav. v. H. Genzmer; 18.00 Mensch u. Arbeit; 18.15 Jugendfunk; 18.30 Klänge d. Heimat; 20.00 „Mach' mit u. lach' mit"; 20.30 Sendg. d. Militärreg.; 20.45 Volkstümliches aus Egerland u. Erzgebirge; 22.00 Operettenmelodien; 23.00 „Das Streitgespräch" um R. Wagner; 23.30 Meister d. Jazz. — **Studio Karlsruhe:** 16.50 Das Podium: „Jugend hinter Gittern" v. Landesdir. G. Zimmermann.

Überfüllter Passage-Palast

1. Freistilkampf begeisterte

Im überfüllten Saal des Passage-Palastes stand im Mittelpunkt des fünften Kampfabends die Freistilbegegnung zwischen Nagy und dem Herausforderer, Freistil-Champion Baumann. Unter lebhafter Anteilnahme der Zuschauer siegte Baumann nach 12 Minuten durch Beinhebel. — Den technisch besten Kampf lieferten sich die beiden Schwergewichtler Dose und Travaglinix, der nach drei Runden unentschieden endete. Auch die robusten, teilweise unfair kämpfenden Vince und Popescu trennten sich ohne Entscheidung. Zu einem schönen Sieg kam Pinatzki jr. gegen Zimmermann nach 10 Minuten durch amerikanische Krawatte.

Heute abend ringen: Pinatzki — Vince, Kaiser — Popescu, Janaing — Nagy, und im letzten Kampf bis zur Entscheidung Dose — Baumann.

Vereinzelte Schauer

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Freitagfrüh: Am Mittwoch tagsüber wolkig mit zeitweiliger Aufheiterung, Recht warm mit Tagestemperaturen von 22 bis 24 Grad. Zum späten Abend örtliche Gewitterschauer. Am Donnerstag wechselnd wolkig, nachmittags vereinzelt Regenschauer. Tageshöchsttemperaturen um 18 Grad.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Wichtige Neuerung für die Volkswirtschaft

STUTTGART. (SAZ) Bei der gegenwärtigen Weltknappheit an Leder geht das Bestreben aller an diesem wichtigen Rohstoff interessierten Kreise seit langem dahin, die wertmindernden Einschnitte bei der Abhäutung so weit als möglich auszuschalten. Millionenwerte werden alljährlich durch derartige Einschnitte in die Häute verursacht, die besonders kostspielig und bedauerlich sind, wenn sie in der Mitte der Felle vorkommen. Dies trifft vor allem für die Länder zu, in denen das Abhäuten des Großviehs auch heute noch mit Hand geschieht. Selbst der geübte Fachmann kann es nicht immer vermeiden, daß ihm derartige Mißgeschicke unterlaufen. Die in den letzten zwanzig Jahren wiederholt aufgetauchten Abhäutemaschinen gaben trotz wesentlicher Vorteile keine Garantie, Einschnitte unmöglich zu machen und konnten sich infolge ihrer meist sehr schwierigen Betriebsbedingungen nie richtig durchsetzen.

Die Maulbronner Firma Schmid und Wezel glaubt nun nach 15jährigen Versuchen ein Gerät entwickelt zu haben, das nicht nur ein vollständig schnittfreies Arbeiten beim Abhäuten garantiert, sondern darüber hinaus eine erhebliche Arbeitsersparnis mit sich bringt, die im Hinblick auf das Fehlen landwirtschaftlicher Facharbeiter nicht zu unterschätzen ist. Weitere Vorteile sind die überaus leichte Handhabung des Geräts auch durch Laien, sein handliches Format und sein leichtes Gewicht. Das unter dem Namen „BIAX-Häuter" in den Handel kommende Gerät hat seine Bewährungsprobe in Großbetrieben, Schlachthäusern usw. bereits glänzend bestanden. Der im In- und Ausland gesetzlich geschützte BIAX-Häuter dürfte einen der großen Verkaufsschlager der vom 9. 4. bis 24. 4. d. J. in New York stattfindenden Deutschen Industrie-Ausstellung darstellen.

Das Gerät arbeitet mit einem 40 Watt starken Elektromotor und kann an jedes Stromnetz angeschlossen werden. Zwei mit je 3600 Impulsen gegeneinander schwingende Messer machen den bisher erforderlichen starken Druck bei der Abhäutung von Hand überflüssig, da sich die schwingenden, gezahnten Messer praktisch von selbst zwischen Haut und Fleisch einarbeiten. Das Gerät bedeutet nicht nur einen großen technischen Fortschritt, sondern wird darüber hinaus beträchtlich an der Behebung des allgemeinen Ledermangels beitragen. fz.

*

STUTTGART (JEIA). Das Stuttgarter Zweigbüro der JEIA gibt bekannt, daß in allernächster Zukunft Handelsvertragsbesprechungen mit Italien und Oesterreich stattfinden werden. Geschäftsunternehmungen und Exporteure in Württemberg-Baden, die in Verkaufsverhandlungen mit Firmen in diesen Ländern stehen oder Exportverträge haben, für die von den beiden Ländern noch keine Einfuhrgenehmigungen erteilt wurden, werden gebeten, sich schnellstmöglich unter Vorlage von Einzelheiten an das Stuttgarter JEIA-Büro zu wenden, damit derartige Einzelheiten bei den Handelsvertragsverhandlungen berücksichtigt werden können.

Unsere Sportecke

Kleeblatt neu aufgeblüht

Im Süden werden im Mai und Juni die Aufstiegsspiele zur Oberliga in zwei Gruppen durchgeführt, zu denen jeweils die Meister und die Zweiten zugelassen sind. Die Auslosung ergab folgende Besetzung:

Gruppe I: Jahn Regensburg, Hessen Kassel, VfL Neckarau, Württemberg II.

Gruppe II: 1. FC Pforzheim, Württemberg I, SpVgg Fürth, Hessen II.

Gewinne beim 26. Fußball-Toto

Beim 26. Fußball-Toto sind insgesamt 813 702 DM aufgekommen. Von der 30%igen Gewinnausschüttung in Höhe von 400 851 DM entfallen auf die 54 Gewinner des 1. Ranges je 2 511.75 DM. Die 963 Gewinner des 2. Ranges erhalten je 140.75 DM, und die 8343 Gewinner des 3. Ranges je 16.25 DM.

Todesanzeige

Am 3. April 1949 verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser treuer Mitarbeiter

Karl Föry

Steinmetztechniker

im Alter von 75 Jahren. Wir verlieren in ihm nach 45jähriger ununterbrochener Betriebszugehörigkeit einen pflichtbewußten, vorbildlichen Fachmann, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Karlsruhe, den 6. April 1949.

Die Betriebsleitung und Belegschaft der Firma K. Gössel K. G., Kriegsstraße 97.

Beerdigung: Mittwoch, den 6. April 1949, 14 Uhr, Friedhof Mühlburg.

Amerika-Haus, Karlsruhe, Ecke Karl- u. Kaiserstraße

Lichtbildervortrag: Alaska-Eskimos

der deutsche Ethnologe und Arzt Dr. Dr. Hans Himmelheber, wird am 5. und 9. April 1949 (Wiederholung), jeweils 19.30 Uhr, im Amerika-Haus Karlsruhe einen Lichtbilder-Vortrag in deutscher Sprache über seine einjährige Forschungsreise zu den Alaska-Eskimos halten.

Eintritt frei.

Die KURBEL Nur noch 2 Tage!

Ein Meisterwerk in Farben! Der große Erfolg!

Die Roten Schuhe

Mit deutschem Text! Darsteller: Adolf Wohlbrück, Moira Shearer

Anfangszeiten: 10.30 - 13.15 - 16.00 - 18.45 - 21.30 Uhr

GLORIA Tägl. 13.00, 15.00, 17.00, 19.00, 21.00

„Abgründe", mit James Mason, Rosamund John, Pamela Kellino.

PALAIS Café — Bar Ruf 4713

Heute 20.30 Uhr: Einmaliges Gastspiel mit dem Tanz- und Schauorchester Edy Kaufmann (Geiger im Kapellenwettstreit) 80 Min. Schlagercocktail u. Wunschkonzert, anschließ. Tanz bis 2 Uhr.

Unterricht

Tanz- u. Stepschule Eisele, Sofienstr. 35 Beginn neuer Kurse und Stunden.

Amtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerung

Freitag, 8. April 1949, nachm. 13 Uhr, werde ich in Khe.-Durlach, Amtsgerichtsgeb. gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1 elektr. Plattenspieler, 20 Schallplatten und 2 kleine Tische, mit Marmor und Langen.

Karlsruhe-Durlach, den 6. April 1949.

Keck, Gerichtsvollzieher.

Vergebung von Bauarbeiten

Die Bauarbeiten für die Herstellung der nördl. Betonfahrbahndecke im Bereich der Autobahnbrücke über den Rhein bei Frankenthal werden an eine leistungsfähige, im Betonfahrbahndeckenbau erfahrene Bauunternehmung vergeben. Nachweis über Autobahn-Straßenfertiger (7.50 m) erforderl. An Bauarbeiten fallen an:

Betonfahrbahndecke, 22 cm stark . . . . 9500 m² (qm)

Betonarbeiten für Randstreifen einschl. erforderlicher Nebenarbeiten . . . . 290 m³ (cbm)

Die Verdingungsunterlagen werden beim T. L., Abt. Autobahnen, Stuttgart-N, Jägerstraße 15, gegen Gebührenabgabe während der Dienststunden abgegeben. Die Eröffnung der Angebote findet am Mittwoch, den 20. April 1949, vorm. 10 Uhr, auf Z. 386, statt. Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.

Stuttgart, den 4. April 1949.

Technisches Landesamt, Abteilung Autobahnen Stuttgart.

Ostern und Ihre NEUE KLEIDUNG!

Der Weg zu mir

bietet Ihnen viel Besonderes,

Ia Qualitäten, günstige Preise,

mit einem Wort, Rekordleistungen!

Ihr Bekleidungsspezialist für den Festtag, die Reise und den Alltag

MAX THIEL — Markgrafenstr. 30a u. d. Gewerbeschule

Rheuma, Ischias, Neuralgien

dann nur Romiga!!

Auch bei Gelenkschmerzen, Gicht sind Romigal-Tabletten hervorragend bewährt. 1200 schriftl. Anerkennungen u. a. von Fachärzten, Professoren, Medizinalräten. Preis M 1.18, Großpackung M 2.90 in Apotheken. - ARTOSAN, München 8

SPORT-TOTO Ab heute:

HAUPTSTELLE KARLSRUHE Kaiserstraße 115

Hinweise

Zur Frankfurter Frühjahrsmesse:

Sonderzug am 10. April 1949, um 6.13 Uhr Karlsruhe, mit Zusteigemöglichkeit in Khe.-Durlach, Bruchsal und Heidelberg. Rückfahrt ab Frankfurt 18.56 Uhr.

50% Fahrpreisermäßigung.

Weitere Sonderfahrten nach Frankfurt am 8., 9. und 11. April 1949.

Zur Möbelfachmesse nach Köln: Sonderfahrt vom 23. bis 26. April 1949.

Über die Osterfeiertage: 7tägige Sonderfahrt in den südlich. Schwarzwald, 31.— DM, einschl. Fahrkosten, beste Verpflegung und Bedienung.

Ausk. und Fahrtanweisung im Reisebüro

Heimel & Zimmermann, Karlsruhe

Kaiserstr. 159 (gegenüb. d. Hauptp.)

Stellengesuche

Stenotypistin, Anfäng., Engl. Kenntnisse, sucht Stelle, Durlach bevorzugt. ZU u. 60 124 an SAZ Durlach erbeten.

Zu verkaufen

Prigidaire-Kühlschrank, 120 Liter, 120 V., zu verkaufen. Anfragen Telefon 94.

Gasbadeofen, mit weißer Emaille-Badewanne, gut erhalt. Bettstelle mit Rost, pol. Tisch mit Schublade, Schlafzimmerstempel, Müller, Eisenlohrstr. 10, II.

Kinderkorb- u. Sportwagen, neuw., billig zu vk. Endres, Bittlingen Kirchenpl. 7.

Zu kaufen gesucht

Schrank, Diplomat, Tisch, Stühle. Angebote unter 32 539 an SAZ Karlsruhe.

Automarkt

Opel-Blitz, 3,6 Liter, in gut. Zustand, sofort zu kaufen gesucht. Khe., Tel. 4591.

Tiermarkt

Frischmelkende Ziege, mit Jungen, wegen Umzug, preiswert zu verkauf. ZU unter 32 518 an SAZ Karlsruhe erbet.

Geschäftliche Empfehlungen

Für Maler- u. Tapezierarbeiten empfiehlt sich Gustav Seiler, Malergeschäft, bei Elektr. Knoch, Hirschstr. 21. Tel. 5489.

Glühlampen

120 Volt, 60 Watt, eingetroffen. Lemlinger, Karlsruhe, Zähringerstraße 31.

Ihren eig. RONKAFFEE röstet gewissenh. meine technisch hochentwickelte

Kaffeerösterei

5 Maschinen von 100 Gr. bis 60 Kilo Fdlg. Kühlmahlwerk f. Dauerbetrieb

Kissel-Kaffee Großrösterei

Karlsruhe gg. Hauptpost

In bewegter Zeit

ruhige Nerven behalten, geliegt besser, wenn man dem Körper nervenberuhigende Stoffe zuführt. Burkards Nerven- und Schlafperlen sind auf Grund neuartiger Zusammensetzung doppeltwirksam, haben guten Einfluß auf Nerven, Schlaf u. Stimmung. Drogerie Windisch, Durlacher Allee 35; Drogerie Reis, Schillerstr. 53; Drogerie Schnell, Kriegs-Eisenlohrstr.; in Dammerstock Drogerie Glitze; in Durlach: Drogerie Schäfer, Pfinztalstraße 10; Drogerie Brauer, Westmarkstraße 30.

Scheuerpulver ALOX fein putzt, poliert, macht rein!

Graue Haare beseitigt

ORFA Haarfarbe

Wiederhersteller

Einfache Anwendung. Sichere Wirkung, extra stark. Flasche 2.40 DM. Erhältlich Parfümerie BOREL, Karlstr. 82, (Straßenbahn-Haltestelle Mathystr.

Fußtrittpendelpressen

1500 kg und 2500 kg Druckleistung. Hub verstellbar bis 50 mm. Ausladung 145 mm kurzfristig lieferbar.

Hans & Peter, Nürnberg, Körnerstraße 8.

Der Wert eines Ostergeschenkes wird auch nach der Firma beurteilt, bei der es gekauft wird. Wenn das Geschenk von Dietrich stammt dann weiß man, der Schenkende wollte das Beste wählen

Rud. Hugo Dietrich

KARLSRUHE / KAISERSTR. 116

PIANOS Stimmungen Reparaturen

im alten Fachgeschäft:

EUGEN KUNZ, Klavierbaumeister

Karlstraße 129 Telefon 8320 Werkst.: Schützenstr. 8 Rückgebäude

---

In der Osterwoche sind die

Friseurgeschäfte

auch am Montag

von 8—12.30 u. von 14—18.30 Uhr

geöffnet!

Beliebte

Oster-Geschenke

sind stets

Noten u. Musikbücher

Neu erschienen „Das Wunderreich der Oper", Opern- und Operettenführer.

Hans Müller

Haus für Musik

Kaiserstr. 46, bei der Adlerstr. Ruf 867.

Ihr Freund...

Aus diesem Wort spricht die Stimme des ehrbaren Kaufmanns, der seinem Kunden ein bewährter Freund ist

Seine Stimme ist auch die unsrige, denn die Tradition zu wahren heißt es uns zur Pflicht, Ihr Vertrauen durch Leistung zu achten und Ihnen ein zuverlässiger Freund und Berater zu sein: DER FREUND

IN ALLEN KLEIDERFRAGEN

Ihr Freund

HERREN- UND DAMEN-KLEIDUNG

Kleiber & Co

DIE ZUVERLÄSSIGEN KLEIDERFACHLEUTE

KARLSRUHE KAISER-STR. 209 NEBEN DER KURBEL